

BERLIN, JANUAR 1935 • II. JAHRGANG 1. FOLGE

PREIS 10 RPF.

DER SCHULUNGSBRIEF



REICHSSCHULUNGSAMT DER NSDAP UND DER DEUTSCHEN ARBEITSFRONT

Die Titelseite zeigt ein germanisches Sonnenrad

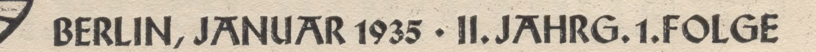
aus der Bronzezeit (1600 v. Chr.)

Zeichnung Professor Tobias Schwab, Berlin

Bezug der „Schulungsbriefe" und Sammelmappen.

Alle Angehörigen der NSDAP, der DAF sowie der angeschlossenen Organisationen, ebenso alle Angehörigen der Reichs-, Länder- und Kommunalbehörden können den monatlich erscheinenden „Schulungsbrief" zum Preise von 10 Rpf. für das Stück auf dem Dienstwege beziehen. Bestellungen nimmt die Dienststelle entgegen und leitet sie an das zuständige Gauschulungsamt der NSDAP weiter. Sammelmappen sind auf gleichem Wege zum Preise von 1,50 RM. erhältlich. Nachbestellungen bereits erschienener Folgen auch auf dem Dienstwege. Alle Auslandsdeutschen beziehen den „Schulungsbrief" durch die Auslandsorganisation der NSDAP, Hamburg 13, Harvestehuder Weg 22. Dort sind auch „Schulungsbriefe" zu Propagandazwecken im Ausland anzufordern.

„Der Schulungsbrief", Versandabteilung
gez. Schild


BERLIN, JANUAR 1935 • II. JAHRG. 1. FOLGE

DER SCHULUNGSBRIEF

REICHSSCHULUNGSAMT DER NSDAP UND DER DEUTSCHEN ARBEITSFRONT

Aus dem Inhalt:

Geschichtliche Gedenktage

1. 1. 1683	Groeben hißt die kurbrandenburgische Flagge an der Küste von Guinea.
1814	Blücher geht mit dem schlesischen Heer bei Kaub über den Rhein.
4. 1. 1913	Der große preuß. Stratege Generalfeldmarschall Alfred Graf v. Schlieffen gestorben.
5. 1. 1919	Gründung der NSDAP als „Deutsche Arbeiterpartei".
6. 1. 1776	Der preußische Freiheitskämpfer Major Ferdinand v. Schill geboren.
8. 1. 1915	Landung der Emden-Mannschaft bei Hodeida in Arabien.
9. 1. 1927	Der Philosoph Houston Stewart Chamberlain gestorben.
1920	Der Schmachfriede von Versailles tritt in Kraft.
1923	Litauen annektiert das deutsche Memelland.
11. 1. 1923	Einbruch der Franzosen und Belgier in das Ruhrgebiet.
12. 1. 1833	Der Philosoph Eugen Dühring geboren.
1893	Reichsminister und Preuß. Ministerpräsident Hermann Göring geboren.
1893	Reichsleiter Alfred Rosenberg geboren.
1922	„Hitler, Esser und Genossen" wegen Störung einer separatistischen Versammlung zu je drei Monaten Gefängnis verurteilt.
14. 1. 973	Meister Ekkehard gestorben.
1930	Horst Wessel von Kommunisten in seiner Wohnung überfallen und niedergeschossen.
	Pg. Dr. Frick wird erster nationalsozialist. Ministerpräsident in Thüringen.
15. 1. 1933	Entscheidender Erfolg der NSDAP bei den Wahlen in Lippe.
18. 1. 1871	Proklamation des Deutschen Reiches zu Versailles.
19. 1. 1576	Der Schuhmacher und Poet Hans Sachs in Nürnberg gestorben.
20. 1. 1874	A. H. Hoffmann von Fallersleben, der Dichter des Deutschlandliedes, gestorben.
1930	Der Vertrag über den Youngplan wird im Haag unterzeichnet.
21. 1. 1934	Der Architekt Pg. Paul Ludwig Troost in München gestorben.
22. 1. 1729	Der Dichter Gotthold Ephraim Lessing geboren.
1850	Pg. General v. Litzmann geboren.
23. 1. 1930	Bildung der ersten nationalsozialistisch geführten Regierung in Thüringen.
24. 1. 1712	Friedrich der Große in Berlin geboren.
1915	Deutsch-englisches Schlachtkreuzergefecht auf der Doggerbank in der Nordsee.
26. 1. 1786	General v. Ziethen gestorben.
27. 1. 1756	Wolfgang Amadeus Mozart geboren.
1814	Johann Gottlieb Fichte gestorben.
28. 1. 1871	Übergabe von Paris.
1923	Erster Reichsparteitag der NSDAP zu München.
29. 1. 1824	Joachim v. Nettelbeck gestorben.
1860	Der Dichter Ernst Moritz Arndt gestorben.
1887	Pg. Staatsrat Prinz August Wilhelm geboren.
30. 1. 1933	Der Führer wird Kanzler des Deutschen Reiches.



GEBOREN ALS DEUTSCHER, GELEBT ALS KÄMPFER, GEFALLEN ALS HELD, AUFERSTANDEN ALS VOLK.

JANUAR

ERNST WEINSTEIN, Schmied, Stuttgart 1. 1. 1931 / PAUL THEWELTIS, Konditor, Düren (Rhld.) 23. 1. 1931 / RICHARD SELINGER, Ackerkutscher, Dobers b. Sänitz (O.-L.) 31. 1. 1931 / KURT WIETFELD, Maler, Barneberg 1. 1. 1932 / RICHARD MENZEL, Maler, Büdelsdorf, Schleswig-Holstein 11. 1. 1932 / ERNST SCHWARZ, Kunstmaler, Prof., Berlin-Frohnau 19.1.1932 ARNOLD GUSE, Arbeiter, Essen 19.1.1932 / BRUNO SCHRAMM, Dipl.-Ing., Zülz, O.-S. 22.1.1932 / HERBERT NORKUS, Schüler, Berlin-Plötzensee 24.1.1932 / WALTER WAGNITZ, Schneiderlehrling, Berlin 1.1.1933 / ERICH SAGASSER, Arbeiter, Berlin 8.1.1933 / ERICH STENZEL, Maler, Berlin-Wilmersdorf 13.1.1933 HANS BERNSAU, Kaufmann, Iserlohn 13. 1. 1933 / FRITZ WETEKAM, Hausmeister, Düsseldorf 20. 1. 1933 / HANS MAIKOWSKI, Gärtner, Berlin-Charlottenburg 31. 1. 1933.

WOFÜR SIE STARBEN, SOLLST DU NUN LEBEN. VERGISS ES NIE — SOLDAT DER REVOLUTION.

Kurt Jeserich:

Jahreswende 1935

Wie immer, ist auch dieses Jahr mit frohen Hoffnungen, mit guten Wünschen, mit Glockenklang und Gläserklirren eingeleitet worden. Die Silvesternacht ist verrauscht, ein Festtag ist vorüber, und das deutsche Volk steht wieder an den Stätten seiner Arbeit. So wollen wir hier auch nicht von dem kalendarischen Beginn des neuen Jahres sprechen, sondern vielmehr von einem anderen Datum, das uns Nationalsozialisten denkwürdiger Erinnerungstag sein und bleiben wird bis in ferne Zeiten; ein Tag, der, so glauben wir, eingehen wird in die Geschichte der Nation als entscheidender Wendepunkt eines erwachenden Volkes: der 30. Januar! Jener Tag, an dem nunmehr das dritte Jahr des Dritten Reiches seinen Anfang nimmt.

Wir haben ein Recht darauf, diesen Tag mit Stolz und Freude zu begehen, und es gibt keinen Gutgesinnten, der uns dieses Recht streitig machen wollte. Ja, mehr noch: Es gibt heute wohl keinen echten Deutschen, der, zurückschauend, nicht die Stunde segnet, in der am 30. Januar 1933 die Sturmkolonnen mit lodernden Fackeln und wehenden Fahnen durch die Wilhelmstraße zogen, um dem greisen Feldmarschall zu danken, um den Kanzler Adolf Hitler, den Führer des Volkes, zu grüßen.

Mit diesem Triumphzug der SA hatte ein langer Marsch sein Ende gefunden. Der Kampf um die Macht, die erste Etappe einer großen Sendung, wurde mit einem vollständigen Sieg beschlossen. Aber nicht nur deshalb ist uns der 30. Januar Gedenk- und Feiertag, weil wir an ihm die Macht errangen und weil unter dem Gleichschritt der braunen Bataillone die deutsche Zwietracht zermalmt wurde, sondern vielmehr noch deshalb, weil damals auch ein ganzes Zeitalter dahinsank und nun erst am Horizont des deutschen Schicksals das Morgenrot des neuen, des 20. Jahrhunderts aufzuglühen begann.

Zwei Jahre sind seitdem verflossen; zwei Jahre zäher Arbeit und mutiger Entschlüsse. Grundlagen einer neuen Staats- und Gesellschaftsordnung wurden geschaffen, ein verrostetes Wirtschaftsgetriebe in Gang gebracht, Not bezwungen und der Lebenswille der Nation von den Schlacken befreit, die ihn hemmten. Eine Umwertung auf allen Gebieten setzte ein. In der Gemeinschaft wurde ein neuer Glaube verankert. Wenn wir Rückschau halten, so sind die Erfolge, gemessen an dem, was war, gewaltige! Rückschläge auf diesem oder jenem Gebiet vermögen am Gesamtbild nichts zu ändern. Und die Richtigkeit des eingeschlagenen Weges zu einer neuen Gemeinschaft der deutschen Menschen wird vielleicht durch nichts eindeutiger bewiesen als dadurch, daß die Nation auch die bitterste Enttäuschung, geboren aus Treulosigkeit und Verrat, die sie in diesem Jahr durchleben mußte, nicht nur ohne Schaden überstand, sondern sie nur zum Anlaß nahm, um aus dem Prüfstein der Untreue von wenigen den Markstein der Treue von Millionen zu gestalten. Die unseligen Junitage des vergangenen Jahres hatten letzlich doch nur eines zur Folge, daß sich das Volk fester zusammenschloß hinter dem einen, dem Führer, bereit, Helfer an seinem Werke zu sein.

Aber wir würden den Tag des 30. Januar nicht als echte Nationalsozialisten begehen, wollten wir uns lediglich damit begnügen, festzustellen, daß es auch im zweiten Jahre unserer Epoche vorwärtsging, daß wir arbeiteten und erfolgreich waren. Notwendig ist vielmehr, daß wir uns an diesem Tage vergegenwärtigen, welche gewaltigen Aufgaben noch vor uns liegen.

Rein äußerlich, politisch gesehen, ist die Revolution beendet. Aber der Kampf um die deutsche Seele geht weiter, muß weitergehen, wenn es uns gelingen soll, auf den Grund-

mauern die gelegt sind, die deutsche Gralsburg zu errichten, die fest genug ist, um den Sturm ganzer Jahrhunderte zu überdauern.

Nicht die Schaffung materieller Werte ist die wichtigste Aufgabe des kämpferischen Geschlechtes unserer Tage, das sich in der Organisation der Partei zusammenschloß, ondern die Erweckung des germanischen Rassebewußtseins, die Neugeburt der deutschen Seele durch die Erkenntnis, daß unser lebendiges Blut der große heilige Strom ist, der uns verbindet mit den Taten der Altvordern und mit denen, die da kommen müssen!

Aus der Anerkenntnis dieses Blutschicksals wird sich die Charakterhaltung des deutschen Menschen ergeben, und nur sie allein wird den Weg in die Zukunft maßgeblich und dauerhaft beeinflussen können. Hier liegt die große Mission der Kämpfer der NSDAP. Denn erst, wenn es gelungen ist, die Gesamtheit des deutschen Volkes zu lehren, bewußt der Stimme ihres Blutes zu lauschen, wird der Sieg unserer Revolution für das nächste Jahrtausend gesichert sein. Denn es wird dann ein neuer deutscher Menschentyp entstehen, befähigt, den Stürmen seiner Zeit zu trotzen.

Wenn wir also feststellen, daß mit dem 30. Januar 1933 das erste Ziel — die Machtergreifung als Voraussetzung — erreicht wurde und die beiden vergangenen Jahre damit ausgefüllt waren, dem deutschen Volk den Weg für seine fundamentalsten Lebensmöglichkeiten freizulegen, so treten wir nunmehr in die zweite, schwerere und größere Etappe ein, in der es gilt, die Erziehungsarbeit der deutschen Volksseele zu bewältigen. Von dem Erfolg dieser Arbeit wird es abhängen, ob der 30. Januar tatsächlich auch im Lichte der Geschichte erstrahlen wird als der Gedenktag dafür, daß im Jahre 1933 einst ein neues Zeitalter begann, oder ob er nur gewertet werden wird als Auflehnung eines kranken Volkes, das letztmalig die Kräfte einer feindlichen Umwelt erkannte, aber schließlich doch zu schwach war, um sie endgültig zu besiegen. Niemand von uns kann sich mit einem solchen Ausgang der Ereignisse begnügen wollen. Notwendig ist aber, daß alle sich über die logischen Konsequenzen unseres Erfolges oder Mißerfolges im klaren sind. Notwendig deshalb, damit sich ein jeder, der Kämpfer im großen Heere Adolf Hitlers ist, die Verantwortung vergegenwärtigt, die er für das Schicksal seines Volkes übernommen hat. Zur Sicherung des Sieges wird es deshalb notwendig sein, daß sich ein jeder von uns selbst einer harten Schule unterzieht. Tag für Tag wird er sich prüfen müssen, ob s e i n e Charakterhaltung, s e i n e Treue, s e i n e Leistung im Einklang stehen zu der Aufgabe, deren Lösung die Nation ein Recht hat, von uns zu fordern. Gleichgültig ist dabei, ob der Wirkungskreis des einzelnen kleiner oder größer ist, wichtig nur die immerwährende Einsatzbereitschaft der ganzen Kraft, deren er fähig ist. Dabei wird es dieser oder jener ertragen müssen, daß die Bewegung ihn ausscheidet, weil die Voraussetzungen, die sie zu stellen die Pflicht hat, bei ihm nicht vorhanden sind. Wir alle werden die Flamme der Auslese über uns ergehen lassen müssen, um zu beweisen, daß wir die nötige Härte und Festigkeit haben, die uns allein wert machen, die neue Aristokratie eines neuen Geschlechtes zu sein!

So wird sich dann der neue deutsche Orden bilden, der nicht nur einen Hort nationalsozialistischer Weltanschauung darstellt, sondern der ewige Kraftquelle der deutschen Seelenhaltung ist. Vorbild seien uns all jene, die für Deutschland bluteten und starben, seien uns die Großen der Geschichte, und leuchtendes Vorbild sei uns der Mann, dem wir den Eid der Treue leisteten: Adolf Hitler!

Das Schicksal hat uns in eine Zeit gestellt, die Geburtsstunde einer großen Idee geworden ist, einer Idee, die nicht „zufällig" von den Sternen fiel, sondern die eiserner Wille formte aus einem göttlichen Funken. Wir sind als Träger dieser Idee beauftragt, Gestalter eines neuen deutschen Menschentyps zu werden. Das Werk, das wir begannen, wir wollen es vollenden. So wird einst über unseren Gräbern ein stolzes, erhabenes Denkmal in die Zukunft ragen, wie die Geschichte kein gleiches bisher zu verzeichnen hatte: Das ewige Reich der Deutschen!



Umwertung der deutschen Geschichte

von Alfred Rosenberg

Über deutsche Geschichtsauffassung

(Rede auf der Reichstagung des „Reichsbundes für deutsche Vorgeschichte" in Halle a. d. Saale.)

Unsere heutige Tagung steht vornehmlich im Zeichen der wankend gewordenen Begriffe von Weltgeschichte und Entwicklung. Wir hatten uns hineingelebt in eine Geschichtsbetrachtung, in der erklärt wurde, daß man den Sinn der Weltgeschichte genau kenne, laut der man wußte, daß alle Ereignisse im Völkerleben auf das eine oder andere behauptete Ziel hinstreben. Man glaubte den „Sinn der Weltgeschichte" in der Christianisierung aller Völker zu erblicken. Danach erleben wir im 18. Jahrhundert das Aufkommen der Vorstellung von der „Erziehung des ganzen Menschengeschlechts", des humanistischen Ideals, auf das alle Erziehungsmethoden eingestellt waren. Diese beiden Begriffe einer allgemeinen Weltgeschichte und eines allgemeinen, für alle Völker und für alle Zeiten gültigen Weltziels, wie wir sie in der Christianisierung und in der Humanitätsidee haben, sind heute wankend geworden.

Überall suchen Menschen und Völker nach neuen Inhalten und neuen Zielsetzungen. Dieses neue Erlebnis des deutschen Volkes sagt uns heute, daß es im Grunde gar keine Weltgeschichte in jenem Sinne gibt, daß vielmehr jene scheinbar allgemeingültigen Ziele aus Wünschen und Trieben bestimmter Menschen und Weltanschauungsgruppen heraus geschaffen wurden, daß sie aber doch nichts Endgültiges über das innere Werden und über die großen Kämpfe der Geschichte aussagen.

Es gibt keine Weltgeschichte, es gibt nur eine Geschichte der Völker und Rassen, eine Geschichte der verschiedenen Charaktere und eine Darstellung dieses Kampfes der Rassenseelen miteinander.

Die Geschichte ist in diesem Sinne ein Ringen von Volkskulturen gegen und mit Volkskulturen. Deshalb ist es aber doch nicht so, daß die Weltgeschichte etwa ihren Sinn verlöre, falls man die alten Werte nicht mehr gelten läßt. Die echten Gestalten der Weltgeschichte bleiben uns unverändert ehrwürdig. Das ist kein Relativismus,

der durch diese Betrachtung in die Geschichtsforschung hineingetragen wird. Uns erscheint im Gegenteil die ganze Betrachtung der Geschichte eines Volkes unter einem einzigen universalistischen Gesichtspunkte als durchaus begrenzt und durchaus nicht den großen Aufgaben entsprechend, die uns die Völkergeschichte stellt. Daher haben wir heute einen anderen Blick gewonnen, und zwar sowohl für das heutige Leben als auch für die ferner liegenden Zeiten der Geschichte.

So scheint uns heute das Werden des antiken Griechentums in ganz anderen Formen vor sich zu gehen, als man sie bisher annahm.

Das Griechentum

erscheint uns heute nicht mehr als eine Einheit, sondern als ein Ringen der widerstrebendsten Elemente. Wir sehen, daß innerhalb des großen Komplexes, der mit dem Worte „Griechentum" belegt wurde, die verschiedensten Kräfte miteinander kämpfen. Erst wenn wir ausgeschieden haben, was von außen auf den Hellenen eindrang, können wir erkennen, daß das, was wir Griechentum nennen, ein Kampf war der verschiedenen Rassen miteinander, ein Kampf der nordischen Dorer mit den Völkerschaften Kleinasiens und damit zugleich ein großes Ringen der Götter des Lichts mit den Göttern der Nacht, der Kampf zwischen den Göttern des Himmels mit den Göttern der Erde, ein Kampf des Vaterrechts gegen die mutterrechtlichen Vorstellungen Kleinasiens. Und im Zusammenhang damit war es der Kampf eines freien Welterkennens, einer innerlich großen Volksseele mit Dämonie und Zauber des östlichen Mittelmeerkreises. Erst wenn wir das analytisch zu scheiden verstehen, und dem Schönheitsideal der Griechen auf bildnerischem Gebiete ebenso Platz schaffen wie dem Schönheitsideal des griechischen Menschen in Dichtung, Philosophie und Politik, werden wir begreifen, was Griechentum ist.

Dann werden wir auch begriffen haben, was durch viele Jahrhunderte hindurch den deutschen Menschen zu dieser Antike führte: die Tatsache nämlich, daß er in diesem griechischen Menschen und seinem Schönheitsideal seine eigene Gestalt oft besser verkörpert wiederfand als unter der Herrschaft jener Ideale früherer Jahrhunderte, in denen dieser deutsche Mensch um sein Wesen so schwer ringen mußte, daß ihm unter den Vorstellungen von Weltflucht und Naturverachtung das eigene Ich nahezu geraubt worden war.

Und so wie diese kurze Betrachtung der antiken griechischen Welt, so wird sich auch eine Umwandlung der Betrachtungsweise über andere Völker ergeben. Wir sehen jetzt nicht mehr unter einer bestimmten Dogmatik diese Entwicklung vor sich gehen oder unter einem Einheitszwangsgesetz, sondern wir sehen eine lebendige Dynamik verschiedener Volksgestalten und verschiedener Rassenseelen um die Herrschaft ringen. Und damit ist ein entscheidendes Wort ausgesprochen:

Die Weltgeschichte muß heute neu geschrieben werden!

Die Zeugnisse der großen Geschichte der verschiedenen Rassen sind nicht nur literarisch niedergelegt, nicht nur die Historiker schrieben darüber. Diese Historiker waren doch meist schon zu spät geboren, um Zeugen einer längst vor ihnen liegenden Entwicklung sein zu können. Vielmehr setzt hier das ein, was früher etwas geringschätzig die „Wissenschaft des Spatens" genannt worden ist. Was diese Wissenschaft uns geschenkt hat, das sind historische Dokumente alles dessen, was sich in den vergangenen Jahrtausenden auf dieser Erde abgespielt hat. Und wenn wir heute erklären, daß die Dorer ein nordisches Volk sind, das vom Norden nach dem Süden wanderte und dort einen erbitterten politischen und militärischen Kampf führte gegen die eingesessenen asiatischen Völker, so ist das nicht nur eine Schlußfolgerung aus literarischen Zeugnissen, sondern es ist, viel tiefer gegriffen, eine Anerkennung auch jener Grabungsschätze, die uns in den letzten Jahrzehnten geliefert wurden.

Es ist für uns kein Zufall, daß der griechische Mensch den Rechteckbau als das Ideal seines Hauses empfindet. Denn wir wissen, daß der nordische Mensch den Pfostenbau als die Urform seines Hauses mitbringt. Manche Forscher, die jene Rassenzusammenhänge nicht kannten, konnten sich nicht erklären, woher es kam, daß auf

dem Mittelmeerrundbau plötzlich ein rechteckiger Tempel entstand. Man konnte sich diesen Sprung in der angeblich einheitlichen Griechenseele nicht deuten, und erst heute, wo wir uns bewußt sind, daß es sich bei jenem Griechentum durchaus nicht etwa um etwas Einheitliches handelt, wissen wir, daß wir es hier mit dem Auftreten eines ganz neuen Menschen zu tun haben. Erst heute wissen wir, warum dieser aus dem Norden stammende Pfostenbau, der mit seinem Grundriß in vorgeschichtliche Zeiten zurückgeht, plötzlich in Griechenland auftritt. Das ist etwas, wozu die Vorgeschichte uns verholfen hat.

Und das ist eben die große Aufgabe der Vorgeschichte: die Steine in einem buchstäblichen Sinne reden zu lassen!

So glaube ich, wenn wir die Weltgeschichte oder, richtiger gesagt, die großen Züge der verschiedenen Völker durch die Welt erforschen, dann entrollt sich vor unseren Blicken etwa folgendes: Wir sehen in naher geschichtlicher Zeit europäische Völker den ganzen Erdball kolonisieren und beherrschen. Wir blicken weiter zurück in die Vergangenheit und sehen aus demselben Kraftzentrum heraus die Wikinger die Welt erobern. Wir gehen weiter zurück und sehen die großen germanischen Völker wandern und alle Nationalstaaten Europas gründen. Und ferner zeigt uns die Geschichte den Zug der Indogermanen über die Gebirgspässe nach dem Iran und bis nach Indien, den Zug der Dorer nach Griechenland wie den Zug der Italiker nach Italien.

Da setzt nun ein neues Forschen ein, ob diesen großen Zügen der Geschichte nicht noch weit ältere Züge hinzugesellt werden können, ob aus diesem Kraftzentrum des Weltballes noch andere Züge in vorgeschichtlicher Zeit das Gesicht der Welt bestimmten! Es setzt ferner die entscheidende Frage ein nach Exaktheit und nach Ideenbildung.

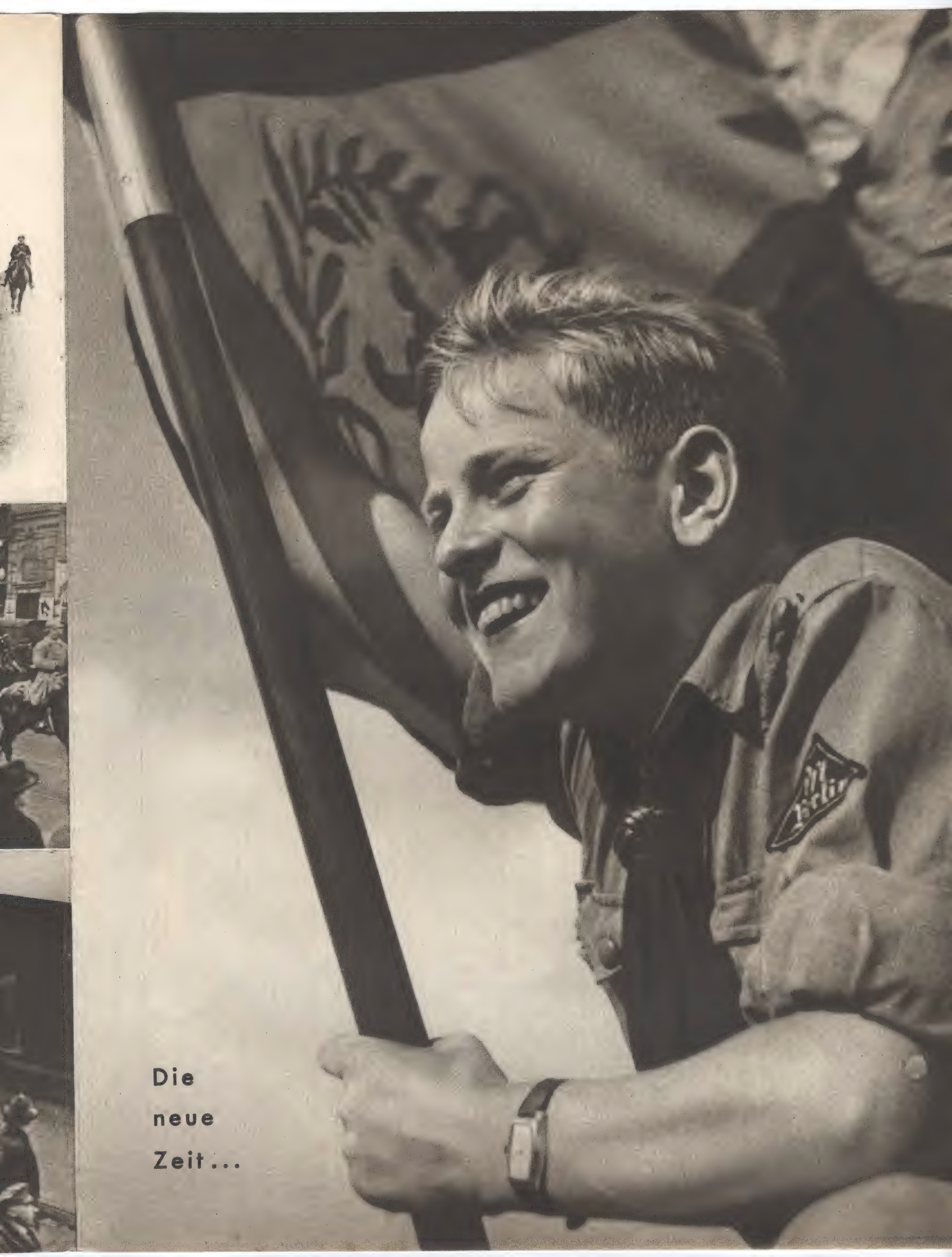
Die Geschichtswissenschaft ist nicht in dem Sinne exakte Wissenschaft wie etwa die Physik. Sie setzt sich zusammen zwar aus exaktem Forschen. Aber nach der Forschung setzt die W e r t u n g ein. Wir können zwar nicht Naturgesetze werten, das entzieht sich menschlicher Kraft. Aber immer, wo menschliches Handeln und Kämpfen auftritt, da werten auch die Nachkommen die alten Kämpfe in späterer Zeit. Darum ist Geschichte nicht nur eine Angelegenheit sogenannter exakter Wissenschaft, sondern ein Suchen, gepaart mit einer neuen Erkenntnis und gepaart mit dem Recht auf eine neue Wertung.

Es ist in den letzten Jahrzehnten auch in der sogenannten objektiven Wissenschaft nicht selten ein großer erkenntniskritischer Irrtum zu verzeichnen. Die Wissenschaft glaubte oft, daß sie nur exakte und Erfahrungswissenschaft sei. Die Wissenschaft hat sich in den letzten Jahrzehnten nur selten die erkenntniskritische Frage vorgelegt, wie denn Erfahrung entstehe und was in den Begriff „Erfahrung" eingeschlossen sei. Wenn sie das überall getan hätte, dann wäre mancher phantastische Irrtum der Weltanschauung während der letzten Jahrzehnte nicht entstanden. Jeder exakte Forscher würde sich bewußt sein, daß das, was er Erfahrung nennt, sich schon aus Ideenbildung und Experiment zusammensetzt.

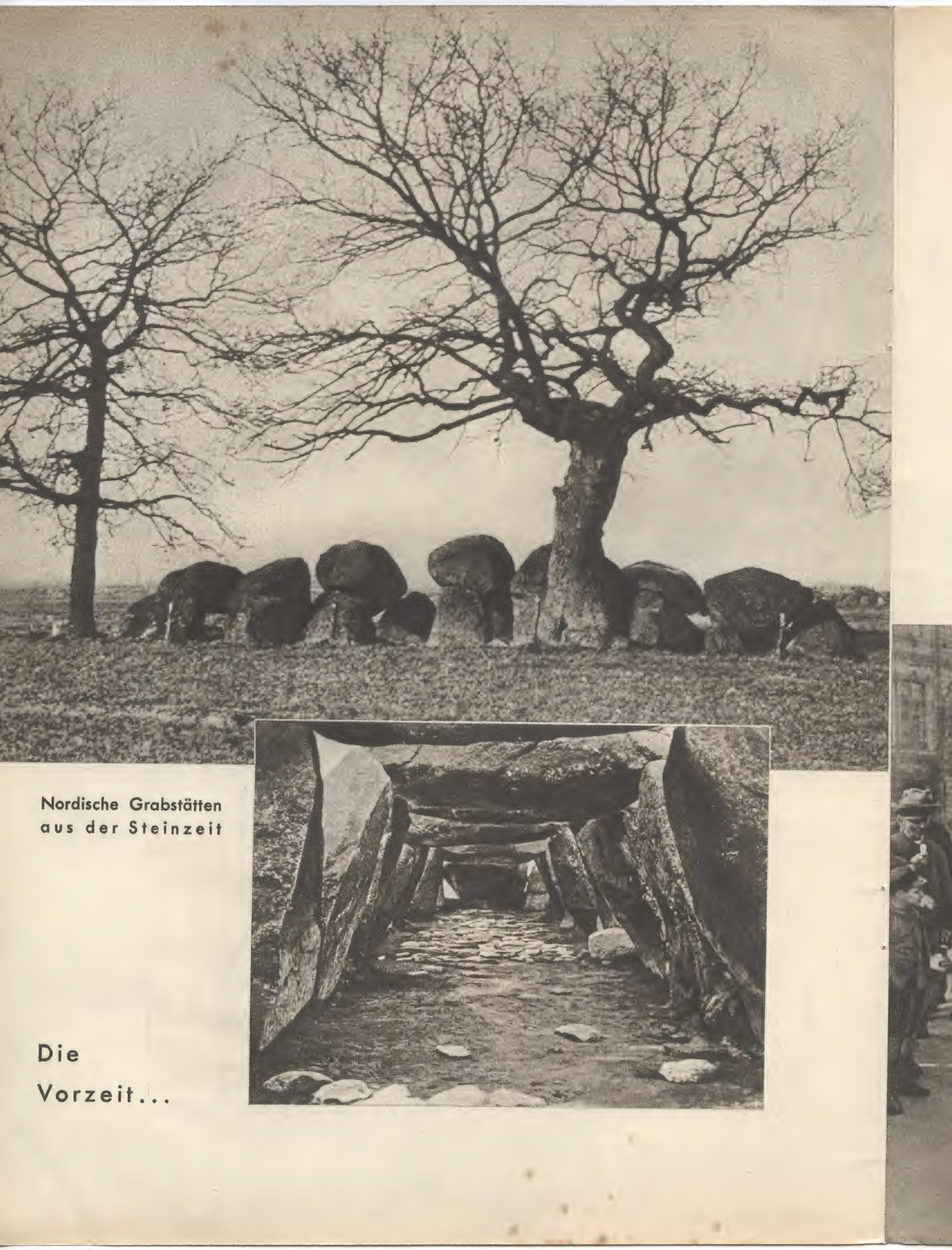
Das Experiment allein hat noch nie Wissenschaft gefördert, aus dem einfachen Grunde, weil es selbst nicht entstanden wäre, ohne daß jemand theoretisierend nach der Ursache gefragt hätte.

Millionen Menschen haben einen Apfel fallen sehen, aber kein einziger ist jahrhundertelang auf den Gedanken gekommen, zu fragen, w a r u m er falle. Die Erkenntnis, daß nicht die Sonne sich um die Erde, sondern die Erde sich um die Sonne dreht, hat eine ganze Weltanschauung gestürzt und erbitterte Kämpfe um die Seele der Menschen gezeitigt. Und so ist erst auf Grund bestimmter Ideensetzungen genialer Menschen die exakte Wissenschaft später an diese Dinge herangetreten und hat in ihrer späteren Forschung nur zu leicht übersehen, was an diesen Dingen die Intuition genialer, großer Menschen war.

Das gilt auch für die Bewertung der Geschichtswissenschaft. Wenn in den letzten Monaten eine Debatte durch Deutschland ging, so ist sie, glaube ich, auf diesen Nenner der „E r f a h r u n g" zu bringen. Der Forschungswissenschaftler, der Millionen von Einzelheiten zu überprüfen und zu gliedern hat, hat damit auch eine große Aufgabe übernommen, für die ihm jeder Deutsche



Die
neue
Zeit ...



Nordische Grabstätten aus der Steinzeit

Die Vorzeit...

nur Dank sagen wird. Wir wollen an dieser Stelle gerade dem stillen Forscher diesen Dank aussprechen für Leistungen, die er zugunsten des Ganzen vollbringt. Aber wir wollen auch das Recht jener vertreten, die — oft ohne die Millionen Einzelheiten zu erkennen — doch den Instinkt für das Große und das Entscheidende besitzen und an einer Stelle durch eine naturgebundene Intuition dieser Forschung neue Deutungen geben und neue Wege weisen, um damit ganzen Forschergeschlechtern Arbeit für Jahrhunderte zu schenken.

Die Urkunden müssen unparteiisch gefördert und gegliedert werden. Es muß die höchste Ehre des Forschers sein, hier frei und unabhängig forschen zu dürfen. Aber dann hört die sogenannte Objektivität auf, und das Urteil des Menschen setzt sich an ihre Stelle, um die gefundenen Urkunden zu prüfen und eben zu werten.

Wenn heute der nationalsozialistischen Gedankenwelt vorgeworfen wird, daß sie die „Objektivität der Geschichtswissenschaft" einenge, daß sie die großen Darstellungen des Menschengeschlechts gefährde, dann erwidern wir, daß diese sogenannten objektiven Geschichtsforscher doch alle unter sich uneinig sind. Sie widerlegen sich selbst durch die Praxis ihres Handelns.

Es gibt heute eine katholische Weltgeschichte; sie setzt ein mit der angeblichen Einsetzung des Petrus durch Jesus Christus zur Gründung einer Kirche. Auf diesem gedanklichen Fundament baut sich hier die ganze weltpolitische und geistige Situation von eineinhalb Jahrtausenden auf.

Wir begegnen weiter einer protestantischen Geschichtsauffassung, die erklärt, daß dieses Eindringen der Ideenwelt einer weltbeherrschenden Macht nur Unheil für die Freiheit des Denkens gebracht habe, und daß die Empörung Luthers einen neuen Abschnitt der Geschichte bedeute.

Und neben diesen konfessionellen Geschichtsauffassungen gibt es eine nationale Geschichtsbetrachtung, etwa eine französische oder englische Bewertung der Vergangenheit.

Ich glaube, daß die deutsche Nation, die in der Geschichte so große Forscher hervorgebracht hat, nun das Recht hat, zu erklären, daß mit der geistigen Wiedergeburt auch die Geburtsstunde einer deutschen Geschichtsbetrachtung geschlagen hat. Unser Blick senkt sich heute tiefer in die Geschehnisse als früher, reicht weiter zurück als in vergangenen Jahrzehnten und Jahrhunderten. An dieser Stelle obliegt es der nationalsozialistischen Bewegung, allen jenen Forschern der deutschen Früh- und Vorgeschichte zu danken, die in vergangenen Jahrzehnten, oft verspottet und verlacht, unentwegt diese Kämpfe um die Darstellung des Deutschtums der Vergangenheit geführt haben.

Ich glaube, daß Deutschland alle Ursache hat, nicht mehr so viel in Kleinasien und am Euphrat zu graben, sondern die Erde des eigenen Landes zu durchforschen.

Die Vorgeschichte ist, glaube ich, in ein neues Stadium getreten. Der Staat hat jetzt die Aufgabe, dieser neuen Wissenschaft auch eine Zentrale zu schaffen, um die Ergebnisse ihrer Arbeit zusammenzufügen und in einer streng wissenschaftlichen, aber bewußt deutschen Art zu gestalten, um diese Ereignisse dann allen deutschen Volksgenossen zu vermitteln. Es ist ein Riesengebiet, das hier gar nicht genau umschrieben werden kann, das aber in zahlreichen Vorträgen behandelt wird.

Ich möchte nur einen einzigen Punkt herausgreifen. Wir alle tragen auf unserem Banner ein bestimmtes Zeichen, und über dieses Zeichen und über die Bedeutung dieses Zeichens bestehen in Deutschland noch verschiedene Meinungen. Das Ausland spricht immer noch von der indischen Swastika, die wir übernommen hätten. Hier hat die deutsche Vorgeschichtsforschung schon nachgewiesen, daß das Hakenkreuz nicht aus Indien stammt, sondern in Zentraleuropa vor 5000 Jahren gefunden wurde.

Es wird die Aufgabe der Vorgeschichtsforschung sein, diesen Gang unseres deutschen Symbols des aufsteigenden Lebens in allen seinen Wandlungen und seiner fast immer gleichbleibenden schöpferischen Bedeutung darzustellen, die es für alle Völker gehabt hat.

Und Hand in Hand damit wird die nationalsozialistische Bewegung diese große Aufgabe übernehmen, nicht zu konstatieren, daß eine neue

Sinngebung der Geschichte ihren Anfang genommen hat, sondern sie wird auch Forschern den Auftrag zu erteilen haben, eine neue Geschichte Deutschlands zu schreiben. Die Einleitungen dazu sind schon geschaffen, und die Vorarbeiten sind begonnen. Ich habe einige Parteigenossen und Wissenschaftler gebeten, sich an die Abfassung einer deutschen Geschichte zu machen, und ich hoffe, daß im Jahre 1936 eine umfangreiche, streng wissenschaftlich begründete, aber ebenso klar wertende Geschichte der Bewegung und damit Deutschland übergeben wird. Mit Freude stelle ich fest, daß unser alter Mitarbeiter, Universitätsprofessor Dr. Reinerth, den ersten Abschnitt dieser Geschichte verfassen wird, die nicht mit den Zimbern und Teutonen anfängt, sondern etliche tausend Jahre früher. Und wir sehen dann bei diesen einmal gemachten Feststellungen den großen Bruch in der deutschen Geschichte zwischen König Karl und dem Sachsenkönig Widukind anders, als die zünftige Geschichte es uns bisher dargestellt hat. Ich glaube, daß damit gewaltsam eine Fortentwicklung des deutschen Charakters unterbunden, das deutsche Rechtsgefühl vergiftet wurde, daß aus dem Westen eine andere Staatsauffassung, eine andere Wertung des Bauerntums entstand, daß, durch diese Herrschaft bedingt, geistige und politische Revolutionen in Deutschland durch die Jahrzehnte gingen, die erst heute zu einem Abschluß gelangen.

Eines müssen wir dabei sagen: Wer hat eigentlich das Recht, Geschichte zu schreiben? Geschichte bereitet sich zwar vor in manchen bürgerlichen Zeitaltern, manche Gärungen gehen im Frieden vor sich. Aber was wir Geschichte nennen, ist immer Gestaltung großer geistiger und politischer Kämpfe, und ich glaube, die Triebfeder großer Kämpfer versteht nur der, der selbst gekämpft hat. Ich glaube ferner, daß ein großer politischer und weltanschaulicher Gestalter die Antriebe von anderen weltpolitischen Gestaltern, auch wenn sie Jahrhunderte zurückliegen, besser begreift als ein guter Bürger der Vorkriegszeit.

Das wird sich niemals ändern. Und deshalb sehen wir die Dynamik in der Geschichte Deutschlands anders an, als man sie in ruhigen Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts betrachtet hat. Wir sehen den Kampf der Sachsen gegen König Karl, fortgeführt durch Heinrich den Löwen. Wir sehen in Luther einen nationalen Revolutionär und nicht nur den religiösen Protestanten. Wir sehen schließlich in der Bildung des brandenburgischen Staates einen völkischen Protest gegen das Heilige Römische Reich Deutscher Nation auf deutschem Boden. Und wir sehen, wie ein Preußenkönig Deutschland rettet. Man mag über Preußen sagen was man will, aber Preußen hat die Substanz Deutschlands geschirmt, und das gibt ihm ein bleibendes Ehrenmal für alle Zeiten. Mit dieser straffen preußischen Idee verbindet sich heute eine ganz Deutschland umfassende Weltanschauung. Diese Zuchtidee wird innerlich auf die Weltanschauung des heutigen Deutschland angewendet, das heute mit Adolf Hitler geboren wurde. Die früher Besiegten sind im 20. Jahrhundert Sieger geworden.

Über diese Auffassung ist in den letzten Monaten heftig debattiert worden. Einige große Historiker haben Leitartikel an die Zeitungen geschickt und erklärt, diese Auffassung widerspreche den gesicherten Ergebnissen der Geschichtswissenschaft. Nach ihnen hätte Heinrich der Löwe, wenn er an Stelle Barbarossas deutscher Kaiser geworden wäre, genau so gehandelt wie Barbarossa. Das stelle sich auch heraus, wenn man die Taten seines Sohnes betrachte, der auf der anderen Seite gestanden hätte. Hier müssen wir eines sagen: Die heutige Geschichtsbetrachtung wird sich abwenden von dieser rein psychologisierenden Darstellung der Weltgeschichte. Entscheidend ist der Protest und die Tat an sich.

Heinrich der Löwe mag persönliche Ambitionen gehabt haben; die Tatsache, daß er sich als Rebell gegen das Heilige Römische Reich Deutscher Nation stellte, hat zur Folge gehabt, daß der ganze deutsche Osten kolonisiert wurde, daß die ganze weltgeschichtliche Wendung dieser Rebellentat zu verdanken ist.

Deshalb ist unser Drittes Reich nicht die unmittelbare Fortsetzung des ersten Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, nicht die Fortsetzung von Habsburg, sondern die Fortsetzung

aller jener großen Rebellen, die gegen die Habsburger auftraten.

Schließlich wird uns gesagt, daß wir nunmehr tausend Jahre deutscher Geschichte auslöschen wollen. Ganz im Gegenteil, wir wollen den Kampf des Deutschen in der Geschichte wieder zur Geltung bringen!

Denn die Darstellung aller deutschen Widerstände gegen die universalistischen Machtpläne ist das Entscheidende der deutschen Forschung gewesen. Es ist nicht die Auslöschung aller Besten, aller ehemals Großen. Wir denken gar nicht daran, so große Gestalten wie Friedrich II. oder Barbarossa aus der deutschen Geschichte zu streichen.

Wir sehen nur die große Dynamik, die sich abspielt zwischen Universalismus und Volkstumsgedanken. Wir können rückschauend auch zugeben, daß innerhalb des Universalismus deutsche Machtgestalten auftraten. Der größte unter diesen, Kaiser Friedrich II., hat schon das Vorbild eines modernen Staates aufgestellt.

Aber wir sagen uns ganz ehrlich: Wir stehen heute nicht innerlich rebellierend an der Seite der römischen Universalmonarchie, sondern klar auf der Seite des deutschen Volkstumsgedankens.

Nur wenn wir diese innere Wendung vollziehen, werden wir auch die politische Revolution vollenden können. Der Kampf dieser politischen Revolution in den vierzehn Jahren um ihren Sieg war nur möglich, weil Menschen mit einer unstillbaren Sehnsucht sich ein Bild des kommenden, einmal zu verwirklichenden Deutschlands ausmalten, nicht eine Phantasterei, wohl aber eine Lebensgestaltung, die aus den besten, tiefsten und stärksten Quellen des germanischen Erwachens kam. Der Sieg wäre heute ohne die große Sehnsucht nie möglich gewesen.

Sie haben in diesen Tagen vielleicht die Berichte über den Tod der deutschen Forscher im Himalajagebirge, von den Bekenntnissen jener Wenigen gelesen, die zurückkamen und ihren verzweifelten Kampf gegen die Elemente dieses Gebirges schilderten. Und doch glaube ich, jeder von denen, die zurückkamen, lebt heute mit dem Bild im Herzen, daß droben im ewigen Eise ihre Kameraden ruhen und sie nicht früher zurückkommen und Ruhe finden, ehe sie nicht den Berg bestiegen haben.

So soll es auch im politischen und geistigen Kampfe sein. Hier ist uns unser Führer für alle Zeit ein leuchtendes Vorbild für alle.

Die deutsche Vorgeschichte, die heute exakt ihre Arbeit beginnt, hat die große Aufgabe, die Ehre Altgermaniens wiederherzustellen und damit eine Wendung auch der Beurteilung der gesamten Geschichte der Erde bei anderen Völkern herbeizuführen.

Wenn Sie diese Aufgabe ins Zentrum Ihres Forschens stellen, dann wird der Reichsbund für deutsche Vorgeschichte mit eingefügt werden in die große Kämpferschar unseres geistesgeschichtlichen Ringes des 20. Jahrhunderts und in seiner Weise ein Fundament sein für die Sicherung des Deutschen Reiches, für die Darstellung des ersten deutschen Nationalstaates.

Um Mut zu zeigen, bedarf es nicht, daß man die Waffen ergreife: den weit höheren Mut, mit Verachtung des Urteils der Menge treu zu bleiben seiner Überzeugung, mutet uns das Leben oft genug an.

J. G. Fichte

Die Brücke über die Saar



Von Dr. Erwin Topf

Vor ein paar Wochen kam ein englischer Journalist ins Saargebiet mit dem Auftrag, seinem Blatt einen genauen und streng objektiven Bericht über die Verhältnisse dort zu liefern. Er bemühte sich auch gewissenhaft, dieser Aufgabe gerecht zu werden, und beschloß als typischer Engländer, weder historischen Darstellungen noch statistischen Unterlagen den geringsten Glauben zu schenken, sondern sich sein Urteil ganz aus eigener Anschauung zu bilden. Am zweiten oder dritten Tage seines Aufenthaltes hatte er immer noch einige Bedenken, ob sein erster Eindruck, wonach das Saarland völlig deutsch sei und alle französischen Einflüsse entschieden ablehne, in dieser Ausschließlichkeit auch ganz hieb- und stichfest sei. Das mag daher gekommen sein, daß der Engländer zunächst die vom Völkerbundsrat ins Saargebiet entsandte Regierungskommission und die französische Grubenverwaltung besucht hatte — vor allen Dingen aber war diese Unsicherheit dadurch bedingt, daß der Journalist weder die deutsche noch die französische Sprache völlig beherrschte.

Schließlich kam ein Zufall dem gewissenhaften Wahrheitssucher zu Hilfe. In einer Unterhaltung mit einem Saarbrücker Bürger kam nämlich die Rede darauf, daß eine der von der Regierungskommission des Saargebiets herausgegebenen Briefmarken das Bild einer der vielen Brücken trägt, die der Stadt an der Saar den Namen gegeben haben, und daß dieses Briefmarkenbild eine an sich belanglose, aber doch ganz charakteristische „Korrektur" der Wirklichkeit zeigt: Das Denkmal Kaiser Wilhelms I., das sich mitten auf der Brücke erhebt, ist nämlich auf der Briefmarke „fortgelassen".

Als dem englischen Journalisten dies demonstriert wurde, hatte er damit schon einen guten Einblick in die Mentalität der Regierungskommission genommen, die ja vielfach in einer recht kleinlichen Manier gegen ihre Verpflichtung, ein objektiv handelnder Treuhänder für das Land an der Saar und seine Bewohner zu sein, verstoßen hat. Die eigentliche Erkenntnis von dem rein deutschen Charakter des Landes kam dem Engländer aber erst im weiteren Verlauf des Gesprächs, als ihm berichtet wurde, wie das Kaiser-Denkmal mitten auf der Brücke entstanden ist.

Es handelt sich dabei um die folgende kuriose Geschichte: Die heutige Stadt Saarbrücken ist erst vor 25 Jahren aus der Zusammenfassung der beiden Schwesterstädte St. Johann — nördlich der Saar — und Saarbrücken — südlich der Saar — entstanden. Als bald nach dem Krieg von 1870/71 ein Denkmal des alten Kaisers geschaffen werden sollte, entstand ein schwerer Rivalitätsstreit zwischen den Nachbarstädten; St. Johann verlangte, daß das Denkmal in seinem Gemeindebereich errichtet werden müsse, weil ja hier die Truppen, die zum Sturm auf die Spicherer Höhen angetreten waren, ausgeladen worden seien, und Saarbrücken beanspruchte für sich den Vorrang, mit der Begründung, daß der damalige König von Preußen

während des Gefechts in einem Haus südlich der Saar, also in Saarbrücken selbst, sein Quartier gehabt habe. Schließlich fand der müßige Streit sein Ende mit dem wahrhaft salomonischen Beschluß, das Denkmal genau auf der Stadtgrenze zwischen Saarbrücken und St. Johann zu errichten: nämlich auf dem Mittelpfeiler der größten und schönsten der vier Brücken über die Saar, die beide Städte verbinden.

Ein solcher Wettstreit, so meinte der Engländer, als ihm diese Anekdote berichtet wurde, und eine solche Lösung, das sei „quite German", echt deutsch, und nun erklärte er auch alle seine Skrupel für erledigt, die er noch wegen der Frage empfunden hatte, ob das Land an der Saar denn auch im innersten Wesen und uneingeschränkt deutsch sei.

Vergebliche Suche nach „Saar-Franzosen"

„Das Saargebiet rein deutsch?", so fragt jeder Ausländer, der die Verhältnisse an der Saar noch nicht genau kennt, zunächst ungläubig. „Das kann doch wohl nicht stimmen ... irgendeinen Haken muß die Sache schon haben: sonst wäre es ja doch ganz unerfindlich, warum im Versailler Vertrag ein fünfzehnjähriger Interimszustand geschaffen worden ist mit der Klausel, daß die Saarländer dann in freier Volksabstimmung über ihre Zugehörigkeit zu einem der beiden Nachbarländer, Deutschland oder Frankreich, entscheiden sollen. Im Vertrag von Versailles mag Deutschland viel Unrecht geschehen sein — aber einen solch handgreiflichen Unsinn, ein rein deutsches Gebiet, das unter allen Umständen zum Reich gehören will, unter die Treuhänderschaft des Völkerbundes zu stellen, dergleichen hätte man doch nicht ohne Grund und ohne irgendwelche konkrete Veranlassung gemacht. Es muß ja schließlich doch etwas an der Sache dran sein ..."

Es dauert gewöhnlich eine ganze Zeit, bis ein solcher ausländischer Betrachter zu der Erkenntnis vorstößt, daß „nichts an der Sache dran ist", und daß die geradezu ungeheuerliche Maßnahme des Versailler Vertrages, die Saarbevölkerung gegen ihren Willen fünfzehn Jahre vom Mutterlande abzutrennen und sie erst nach dieser Zeit, in der dem französischen Einfluß (schon allein durch das französische Zollregime!) alle Tore geöffnet waren, im Sinne des „Selbstbestimmungsrechtes der Völker" nach ihrem Willen zu befragen, einen reinen Willkürakt darstellt.

Zunächst beginnt jeder Ausländer damit, die Französisch sprechende Minderheit zu suchen, die angeblich, nach einem Wort von Clemenceau („es gibt da 150 000 Menschen, und das sind Franzosen"), hier ansässig sein soll. Diese Suche bleibt freilich völlig ergebnislos. Französisch wird an der Saar lediglich von den französischen Zollbeamten und im Bereich der Grubenverwaltung gesprochen, und auch dort nur, wenn die aus Frankreich (zumeist aus Lothringen) herangeholten Angestellten unter sich sind; im Verkehr mit dem Publikum und der Arbeiterschaft muß deutsch gesprochen werden — weil die französische Sprache eben nicht verstanden wird. Bei der letzten Volkszählung der Vorkriegszeit (1910) ergab sich, daß von den 572 000 Einwohnern, die damals in den heute als „Saargebiet" zusammengefaßten Gebieten lebten (es sind dies der Stadtkreis Saarbrücken und fünf zum Teil zerschnittene preußische Kreise sowie zwei ebenfalls zerschnittene Bezirke der bayerischen Pfalz), nur 339 Menschen das Französische als ihre Muttersprache bezeichneten. Die Saar-Regierung hat, als sie 1927 eine Volkszählung veranstaltete, gleichfalls die Frage nach der Muttersprache gestellt; das Ergebnis scheint aber für die französischen Interessen, deren sich die Regierung, obwohl sie lediglich der Treuhänder des Völkerbundes im Saargebiet sein soll, stets liebevoll angenommen hat, geradezu katastrophal ausgefallen zu sein: jedenfalls sind die Ergebnisse der Zählung niemals veröffentlicht worden!

Der sehr berechtigte Hinweis darauf, daß das Saarland stets dem deutschen Staatsverbande angehört hat, bis auf die Zeit von 1680 (Réunionskammern) bis 1697 (Friede von Rijswijk) und von 1792 bis 1814 (nur im Bezirk von Saarlouis dauerte die „Franzosenzeit" von 1680 bis 1815), wird von ausländischen Betrachtern, die in der Regelung von Versailles doch noch einen gewissen „Sinn" suchen, gewöhnlich beiseitegeschoben; nicht auf die Historie komme es an, so sagen sie wohl, sondern auf den augenblicklichen Zustand. Auch der Hinweis darauf, daß die deutsch-französische Sprachgrenze fast 40 Kilometer westlich vom Saargebiet verläuft, Luxemburg und Teile von Südostbelgien einschließend

und große Teile Lothringens, des 1871 französisch gebliebenen Teiles von Lothringen umfassend, erscheint solchen „Wahrheitssuchern" nicht stichhaltig. Noch weniger ist mit dem Argument durchzudringen, daß die rassenmäßige Zusammensetzung der Bevölkerung die Zugehörigkeit zu Deutschland erkennen lasse, da in Luxemburg und Lothringen dieselbe Mischung nordisch-dinarisch-ostischer Rassenelemente (mit einem Vorwiegen des ostischen Blutanteils und einem kaum merklichen Einsprengsel mediterranen Blutes) vorhanden ist wie im Saarland. Immer wieder, auch nach Erkenntnis der Tatsache, daß hier keine Französisch sprechende Minderheit vorhanden ist, wird die Frage aufgeworfen werden, ob die Saarbevölkerung, deren Zugehörigkeit zum deutschen Volkstum und speziell zum rhein- und moselfränkischen Stamm schließlich nicht mehr bestritten werden kann, auch wirklich ihrem innersten Wesen nach zu Deutschland gehört und gehören will.

Verlockungen jenseits der Grenze?

Diese Frage wird freilich der unbefangene Betrachter nach kurzem Studium der Dinge mit einem uneingeschränkten „Ja" beantworten müssen. Es kann ohne weiteres zugegeben werden, daß die Mehrzahl der (Deutsch sprechenden) Elsässer, Lothringer und Luxemburger nicht den Anschluß an Deutschland wünscht (wenn auch für Elsaß-Lothringen die Einbeziehung in den französischen Staatsverband immer höchst fühlbar eine problematische Sache bleiben wird). Aber aus dieser Tatsache lassen sich nicht irgendwelche Rückschlüsse auf die Haltung der Saarländer ziehen. Das Saargebiet ist, dank der Tatsache, daß an seiner Westgrenze eine rein deutschsprachige Bevölkerung des gleichen fränkischen Stammes sitzt, niemals ein Grenzland in dem Sinne gewesen, daß hier bereits eine Vermischung der Lebensstile und eine zwiespältige Haltung der Menschen entstanden wäre. Ein „Schielen über die Grenze" hat es nie gegeben. Im Gegenteil, man hat hier die deutsche Art stets als überlegen empfunden.

Die entschiedene Ablehnung alles Französischen mag wohl auch geschichtlich bedingt sein: Die Raubzüge Ludwigs XIV. und der französischen Revolutionsheere haben im Grenzland, in der Pfalz und am Rhein, zu tiefe Spuren hinterlassen. Auch der „Glanz" der napoleonischen Herrschaft hat die Menschen im linksrheinischen Deutschland, die schwere Opfer an Gut und Blut für das französische Regime bringen mußten, nicht zu blenden vermocht. Kennzeichnend dafür ist, daß die Bürger von Saarbrücken, deren Gebiet nach dem Wiener Kongreß noch bei Frankreich verblieben war, in einer Denkschrift an die Pariser Friedenskonferenz von 1815 die „Befreiung vom französischen Joch und die Wiedervereinigung mit dem deutschen Vaterland" forderten, und daß der Magistrat von Saarlouis nach der „Rückgliederung" von 1815 einstimmig eine Dankadresse an den König von Preußen richtete, in der es hieß: „In Treue und Liebe werden wir uns bestreben, des Glückes würdig zu sein, uns Preußen nennen zu dürfen."

In der Tat hat das Saarland unter der preußisch-deutschen Herrschaft (und für die pfälzischen Gebietsteile gilt das gleiche) nur glückliche Zeiten erlebt, besonders nach 1871, als das lothringische Hinterland wieder zum Reich gekommen war und nun an einem unerhörten wirtschaftlichen Aufstieg mit teilnehmen konnte. Auch die unglücklichen Folgen des Weltkrieges, mit dem erneuten Verlust Lothringens, haben keinerlei Änderungen in der Haltung der Bevölkerung hervorgerufen. Das Wort „Und im Unglück nun erst recht" ist hier oft ausgesprochen worden. Das lothringische Beispiel, das hier sichtbar vor aller Augen lag — man bedenke, daß die lothringische Grenze nur drei Kilometer südlich vom Kern der Stadt Saarbrücken über die Spicherer Höhen verläuft, und daß die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Saarbrücken und Forbach noch immer recht intensiv sind — bot nichts Verlockendes.

Vor allem hat die französische Arbeits- und Sozialpolitik keine moralischen Eroberungen machen können. Das gilt nicht nur von dem französischen Regime auf den Kohlengruben des Saargebiets, das bei einem Vergleich mit der staatlichen Bergwerksverwaltung der Vorkriegszeit in jeder Beziehung schlecht abschneidet, sondern auch von der Arbeiterpolitik jenseits der Grenze. Der Saararbeiter, der stets nur zwischen Landsleuten „geschafft" hat — polnische Arbeiter, wie im Ruhrgebiet, hat es hier auf den Gruben und Hütten nie gegeben — und für den die „Saargänger" aus der Pfalz, vom Hochwald-Hunsrück und aus der Eifel schon beinahe als

„Ausländer" galten, hat mit stärkster innerer Ablehnung die Entwicklung der Arbeitsverhältnisse im benachbarten Lothringen mit angesehen, wohin Menschen aller Rassen — darunter Neger und Anamiten — aus dem Inneren Frankreichs abgeschoben worden waren, bis sich schließlich Angehörige von 23 Nationen in einer der großen Arbeitersiedlungen von Merlenbach zusammenfanden, und Minderheitsschulen für Polen, Tschechen und Italiener gebaut werden mußten.

Wie stark in diesem „Grenzgebiet" an der Saar wider alles Erwarten, die Ablehnung des „Französischen" in jeder Form ist, das spricht sich schließlich recht deutlich in den Konsumgewohnheiten aus. Der Saarländer trinkt keinen französischen Rotwein und keine Aperitifs; er raucht keine französischen Zigaretten; französische Kosmetika und Parfüme sind kaum in den Schaufenstern zu sehen. Wo es notwendig war, infolge der Zollabsperrung von Deutschland, französische Waren zu kaufen, wurden solche lothringischen und elsässischen Ursprungs bevorzugt, und diese auch nur dann, wenn sich die Lieferanten dazu bequemten, ihre „Exportwaren" unter deutscher Bezeichnung und mit deutschem Aufdruck anzubieten. Niemand kann sagen, daß Saarbrücken oder Saarlouis oder sonst eine Stadt im Saarland auch nur im geringsten „französische Züge" trägt — mit demselben Recht könnte man etwa in Aachen belgische, in Passau italienische, in Dresden tschechische, in Breslau polnische oder in Kiel dänische Einflüsse „konstatieren".

Die drei „gleichberechtigten" Lösungen

Die Tatsache, daß die Regelung der politisch-wirtschaftlichen Verhältnisse in dem Land an der Saar, dem erst im Vertrag von Versailles willkürlich geschaffenen und willkürlich begrenzten „Saargebiet", geradezu eine Ungeheuerlichkeit darstellt, muß immer wieder betont werden: nicht deshalb, um alte Wunden aufzureißen und um die Erinnerung an ein erlittenes Unrecht wach zu halten, nicht deshalb, um mit dieser Feststellung immer wieder der französischen Politik eine Rechnung zu präsentieren und auch nicht deshalb, um Zweifler zu bekehren (denn wer jetzt noch zweifelt, ist unbelehrbar), sondern allein aus dem Grunde, weil nur von diesem Ausgangspunkte her die ganze weitere Entwicklung des Saar-Problems bis zum heutigen Tage verständlich ist. All die Reibungen zwischen der saarländischen Bevölkerung, dem Völkerbunds-Regime, das in der Regierungskommission des Saargebietes verkörpert ist, und all die Schwierigkeiten, die sich um den Begriff „Status quo" gruppieren, beruhen letztlich auf der im Grunde verlogenen und wirklichkeitsfremden Regelung des Versailler Vertrages und seines Saar-Statuts. Sie beruhen darauf, daß die Regierungskommission an den künstlichen Konstruktionen des Statuts festhält und damit dauernd in Widersprüche zur Wirklichkeit gerät.

Gewiß hat die mangelnde Objektivität des Regimes und eines Teiles seiner Beamten in früheren Jahren und auch noch in der letzten Zeit zu vielen berechtigten Klagen der Saarländer Anlaß gegeben; gewiß sind auch manche Maßnahmen der Regierungskommission nur aus einer böswilligen Verletzung ihrer Objektivitätspflichten gegenüber Deutschland und aus einer Bevorzugung der französischen Interessen zu erklären. Aber der letzte Grund für die hier zutage getretenen Schwierigkeiten sind doch die Paragraphen von Versailles, die Deutschland im deutschen Saargebiet zu einer Nation minderen Rechtes machen — keine Deutschen, wohl aber Franzosen dürfen in der Regierungskommission sitzen und ihr präsidieren — und die für das Schicksal des Gebietes nach der fünfzehnjährigen Interimsherrschaft drei „gleichberechtigte" Lösungsmöglichkeiten vorsehen: erstens den Status quo, zweitens den Anschluß an Frankreich, und erst drittens die Möglichkeit, die stets selbstverständlich gewesen ist: die Rückkehr zu Deutschland.

In Frankreich selbst und ebenso in der Regierungskommission war man sich schon seit langem darüber klar, daß die Möglichkeit eines Anschlusses an Frankreich praktisch nicht in Betracht kommen werde. Es hat freilich im Jahre 1923 auch im Saargebiet, ebenso wie im besetzten Rheinland und in der Pfalz, eine „separatistische Bewegung" bestanden, die sich den Zielen der französischen Politik gefügig zeigte. Aber diese Gruppe, die fast ausschließlich aus minderwertigen und korrupten Elementen bestand, hat niemals eine nennenswerte Anhängerschaft gewinnen können. Das Wort „Und im Unglück nun erst recht" hat standgehalten gegen alle Argumente, die zur Abkehr von einem

scheinbar dem politischen und wirtschaftlichen Verfall preisgegebenen „Inflationsdeutschland" angeführt wurden. In der politischen Vertretung des Saarlandes, dem Landesrat, hat die Separatistenpartei niemals auch nur einen Sitz erringen können; da auch die Kommunisten und die Sozialdemokraten entschieden für die Rückgliederung eintraten und damit immer wieder in einen Gegensatz zur Regierung gerieten, hat dieses Miniaturparlament von 30 Sitzen nur die Rolle eines unbequemen Mahners spielen können: alle Gesetze und Verordnungen der Regierungskommission, mit nur einer einzigen Ausnahme, sind ohne Mitwirkung des Landesrates dekretiert worden.

Lange Zeit hindurch ist trotz aller Bemühungen von französischer Seite auch keinerlei nennenswerte Propaganda für die „endgültige" Beibehaltung des Völkerbundsregimes, also für die „Lösung Nr. 1" des Saarstatuts — den Status quo — im Saargebiet zustande gekommen. Die Rückkehr nach Deutschland war, wie gesagt, eine Selbstverständlichkeit, und die Erfahrungen, die man mit der vom Völkerbund eingesetzten „treuhänderischen" Regierung all die Jahre hindurch gemacht hatte, ließen die endgültige Unterstellung des Saarlandes unter die Völkerbundssouveränität nicht im geringsten verlockend erscheinen. Man war sich auch völlig darüber klar, daß ein solcher Miniaturstaat, in dem Frankreich die Kohlengruben und damit die wirtschaftliche „Schlüsselstellung" (ganz oder doch in ihren wertvollsten Teilen) in der Hand behalten werde, praktisch nur von Frankreichs Gnaden leben könne, besonders dann, wenn (wie unbedingt zu erwarten war) die Einbeziehung in das französische Zoll- und Währungsgebiet bestehen bliebe. Und da die französische Politik sich wohl oder übel mit dieser Entwicklung abfinden mußte, die offensichtlich zu einer Ablehnung des Anschlusses an Frankreich und gleichermaßen zu einer Ablehnung der Status-quo-Lösung führte, so richtete man sich auf französischer Seite, besonders bei der Grubenverwaltung, auch schon auf die für 1935 bevorstehende Rückgliederung ein, ohne allerdings diese Tendenz irgendwie in Erscheinung treten zu lassen. Die offizielle Politik Frankreichs hielt nach wie vor an der These fest, daß man einen „Rechtsanspruch" von 33⅓ Prozent auf die Saar habe, entsprechend der „Lösung Nr. 2" des Saarstatuts, und einen nicht minder beträchtlichen moralischen Anspruch. Nur vorübergehend, zur Zeit des Locarno-Paktes und der Rheinlandräumung, zeigt sich in Paris (1929) eine gewisse Bereitschaft, durch ein direktes Abkommen mit Deutschland die Saarfrage, ohne den Völkerbund noch groß zu bemühen, und ohne das selbstverständliche Ergebnis der Abstimmung von 1935 abzuwarten, endgültig aus der Welt zu schaffen. Aber diese Anwandlung ging relativ schnell vorüber, und wieder kam nun in der Saarfrage die „klassische" französische Politik zu ihrem Recht, mit den Leitsätzen: keinen Rechtsanspruch aufgeben, auf wirtschaftlichem Gebiete weiterarbeiten und die Entwicklung abwarten, ob sie nicht, wenn auch die erwünschte Lösung unmöglich ist, wenigstens die Chance einer „Teillösung" gewährt.

Frankreichs Interessen an der Saar

Der imperialistische Geist, der die Haltung Frankreichs in der Saarfrage bestimmt, ist für den Deutschen, der die Einbeziehung fremder Volksteile in den eigenen Staat doch nur als unerwünscht empfindet, fast immer schwer verständlich. Auch die Masse des französischen Volkes mag in diesem Punkt ähnlich denken, trotz der geschickt angesetzten Propaganda interessierter Stellen, die ein „historisches Recht" Frankreichs auf das Saarland konstatieren wollten, oder, als das Märchen von den 150 000 „Saarfranzosen" nicht mehr glaubhaft erschien, den Begriff der „saarländischen Nation" (etwa nach dem Vorbild der „luxemburgischen Nation"!) forcierten und außerdem von der blutsmäßigen oder der ökonomischen Verbundenheit zwischen dem Saarland und Frankreich zu sprechen begannen.

Die Frage, wo die Drahtzieher dieser Agitation eigentlich zu suchen sind, ist schwer zu beantworten. Gewiß spielen strategisch-militärische Überlegungen eine gewisse Rolle, genau so wie bei dem französischen Verlangen nach der „Rheingrenze". Rein militärisch gesehen, ist für Frankreich der Besitz des Saarlandes deshalb verlockend, weil sich von hier aus die Wege durch das Nahetal nach dem Rheingau und durch die Kaiserslauterner Senke nach der Pfalz eröffnen. Dort liegt die Basis für jeden Vorstoß ins Herz Deutschlands, mit dem nächsten Ziel, die

Mainlinie — wenn nicht politisch, so doch wenigstens strategisch — aufzureißen. Zum mindesten aber ist für das militärische Frankreich der Besitz des linken Saarufers im Bezirk von Saarlouis erstrebenswert. Dort liegen die steilen Höhen von Berus, die einen Einblick in das gesamte Saarbecken ermöglichen, und die gleichzeitig das nordlothringische Hügelland an der Mosel (nördlich Metz) um 50 bis 100 Meter überragen, so daß die Betonbefestigungen, die dort seit Kriegsende gebaut worden sind, eingesehen werden können. Freilich ist die Chance für Frankreich, im Gebiet von Saarlouis eine so starke Minderheit für den Status quo zu erhalten, daß die Abtrennung des linken Saarufers von Deutschland und seine Unterstellung unter die Völkerbunds-Souveränität in Frage käme, mehr als gering; an eine Mehrheit für den Status quo oder gar für den Anschluß an Frankreich ist hier ebensowenig wie anderswo im Lande — womöglich noch weniger, wie auch separatistische Äußerungen bekümmert zugeben müssen! — zu denken.

Mit und neben den strategischen Erwägungen mag für das Expansionsstreben Frankreichs im Osten vor allem die politische Tradition maßgebend sein, das Festhalten an der „klassischen" Politik Richelieus — und das kaum je klar zu Bewußtsein gebrachte Gefühl, daß der in seinem natürlichen Wachstum gehemmte Volksorganismus in einem fast krankhaften Streben nach der Einbeziehung anderer Volksteile verlangt. Nicht ganz so eindeutig ist die Ableitung der französischen Expansionswünsche aus den — wieder mit der militärischen Rüstung des Landes eng verbundenen — schwerindustriellen Interessen, die vielfach als der Hauptantrieb für Frankreichs Saar-Politik angesehen werden. Die französische Großeisenindustrie hat aber gezeigt, daß ihr an einer dauernden Festsetzung in den Hüttenwerken der Saar gar nicht so viel gelegen ist; die auf eine „pénétration pacifique" gerichteten Bestrebungen sind, nachdem man erst einmal gründlich den Rahm abgeschöpft hatte, sehr bald wieder abgebaut worden. Etwas anders, aber durchaus auch nicht eindeutig, liegen die Dinge auf dem Gebiet der Kohle.

Im Vertrag von Versailles war Deutschland die Verpflichtung auferlegt worden, die saarländischen Kohlengruben in gutem Zustand und frei von allen Lasten und Verpflichtungen dem französischen Staat als Eigentum zu übergeben. Diese zusätzliche Reparationsverpflichtung wurde damit motiviert, daß während des Krieges das nordfranzösische Kohlenrevier von Lens völlig verwüstet worden sei. In diesem Gebiet ist aber bereits sechs Jahre nach Kriegsende dieselbe Kohlenmenge gefördert worden wie 1913! Damit wäre also schon damals die französische Reparationsforderung erledigt gewesen, um so mehr, als inzwischen rund 100 Millionen Tonnen Kohle mehr aus den Saargruben herausgeholt worden waren, als das Revier von Lens in der gleichen Zeit, unter Zugrundelegung der Ziffern von 1913, hatte fördern können. Natürlich hat Frankreich nun nicht an eine Revision dieses Teilgebiets der Reparationen gedacht. Der französische Staat hat vielmehr die Gruben weiter in der Hand behalten, schon deshalb, um die damit verbundene wirtschaftliche Machtstellung in der Zeit bis zur Abstimmung ausnutzen zu können. Deshalb wurde auch der anfangs erwogene Plan aufgegeben, die Gruben an private Firmen zur Ausbeutung zu verpachten. Immerhin ist die französische Grubenverwaltung nicht mit letzter Konsequenz auf das Ziel, den Besitz der Gruben politisch zu nutzen, losmarschiert. Sie hat zwar eine sehr rege propagandistische Tätigkeit im profranzösischen Sinne entfaltet. (Die Einrichtung von französischen Schulen für Bergarbeiterkinder und für Bergarbeiter — Schulbesuch wird zum vollen Schichtlohn bezahlt — und die Ausübung eines starken moralischen und wirtschaftlichen Druckes auf die Bergarbeiter, ihre Kinder zur „Dominialschule" zu schicken, sind ja hinlänglich bekannt.) Andererseits aber hat die Grubenverwaltung durch ihre rücksichtslose Ausbeutungspolitik, die selbst die notwendigsten Schutzmaßnahmen unter Tage vernachlässigte (und so unter anderem große Bergschäden an Häusern veranlaßte!), deutlich gezeigt, daß sie den Besitz der Gruben nicht als für die Dauer gesichert ansah, sondern mit dem Rückkauf der Bergwerke durch Deutschland für 1935 rechnete, entsprechend den Bestimmungen des Versailler Vertrages, die das Reich im „Fall drei" (Abstimmungsergebnis zugunsten Deutschlands) zur Bezahlung des vollen Wertes der Gruben verpflichten. Die Ausbeutungspolitik der Grubenverwaltung hat auch dazu geführt, daß die Belegschaftsziffer während der letzten Jahre von

75 000 auf 45 000 heruntergedrückt worden ist. Schuld daran trug vor allem, daß nur etwa 45 Prozent der Gesamtförderung nach Frankreich abgesetzt werden konnten, anstatt, wie ursprünglich erwartet, ein weit höherer Prozentsatz. Auch der alte süddeutsche Markt ist der Saarkohle weitgehend verlorengegangen, und zwar nicht infolge politischer Absperrungsmaßnahmen, sondern in erster Linie deshalb, weil die französische Zechenverwaltung teure und schlecht sortierte („gewaschene") Kohlen lieferte. Trotz der qualitativ und quantitativ verhältnismäßig wenig ins Gewicht fallenden Konkurrenz der Saarkohle hat sich die französische Schwerindustrie, namentlich im Revier von Lens, in den letzten Krisenjahren immer energischer gegen diesen „Eindringling" auf den heimischen Märkten gewehrt. So mag die französische Grubenverwaltung, die zudem seit 1931 an der Saar mit einem schweren Defizit arbeitet, den bevorstehenden Rückkauf der Zechen durch Deutschland nicht gerade als ein Unglück empfinden...

Die Kohle im Warndt — Rückgliederungsfragen

Auch die Behandlung der sogenannten Warndt-Zechen zeigt, daß sich die französische Verwaltung von vornherein auf eine nur vorübergehende Anwesenheit an der Saar eingerichtet hat. Der Warndt, die südwestlich von Saarbrücken am linken Saarufer gelegene Landschaft, die bastionsartig ins lothringische Gebiet hinein vorspringt, enthält besonders wertvolle und bisher noch wenig erschlossene Kohlenlager (Fettkohle in sehr starken und für den Abbau günstig gelagerten Flözen). Die deutsche Bergwerksverwaltung hatte in der Vorkriegszeit die Warndt-Kohle als Reserve des Reviers behandelt und vornehmlich die nordöstlich von Saarbrücken gelegenen Flöze ausgebeutet, die sich hier, zum Teil in geringer Tiefe (an einigen Stellen tritt die Kohle sogar an der Erdoberfläche zutage), mit einer abbauwürdigen Breite von etwa 15 Kilometern, 40 Kilometer weit (von Saarbrücken gerechnet) nach Nordosten hin erstrecken bis in das Gebiet jenseits Neunkirchen; der Südflügel des Kohlenbeckens gehört hier bereits zur Saarpfalz.

Die französische Verwaltung hat die Warndt-Reserve sofort rücksichtslos angegriffen, und zwar nicht nur von den vorhandenen Schächten aus, sondern von zwei neuen Zechen, die nur wenige Meter jenseits der Grenze des Saargebietes im Lothringischen niedergebracht worden sind. Mehr als irgendeine andere Maßnahme der Grubenverwaltung hat dieser „Kohlendiebstahl im Warndt", der von französischer Seite zynisch als eine „Art Grenzberichtigung" bezeichnet worden ist, zur Verbitterung der deutschen Bergleute an der Saar beigetragen, die, teils arbeitslos, teils mit Feierschichten arbeitend, in ohnmächtigem Zorn zusehen konnten, wie ihnen die Kohle unter den Füßen fortgeholt wurde, und wie drüben im Lothringischen landfremde Arbeiter, aus allen Winkeln Frankreichs und der Welt zusammengetrieben, in vollbezahlter Arbeit schaffen konnten.

In den Verhandlungen, die der Saar-Ausschuß des Völkerbundsrates (unter dem Vorsitz des italienischen Barons Aloisi) kürzlich bei Heranziehung deutscher und französischer Vertreter in Rom abgehalten hat, ist auch das Warndt-Problem bereinigt worden.

Wie alle übrigen politischen und wirtschaftlichen Fragen, die in Rom behandelt worden sind, nur unter dem Gesichtspunkt gesehen wurden, daß praktisch allein der „Fall drei" des Saar-Statuts (Rückfall des Saargebiets an Deutschland) in Frage komme, so ist auch für den Warndt eine Regelung getroffen worden, die lediglich die Rückgliederung behandelt. Die gesamten Gruben des Saarlandes werden von Deutschland zurückgekauft, und zwar zum Preise von 150 Millionen (Reichs-)Mark. In diesem Preis sind aber außer den Gruben und dazugehörigen Liegenschaften, deren Wert von französischer Seite nach dem Kriege mehrfach mit 300 Millionen „Goldmark" beziffert wurde, auch die drei westlich der Saar bis zur lothringischen Grenze laufenden Stichbahnen eingeschlossen (Länge 40 Kilometer, Anlagewert 20 Millionen Reichsmark, gegenwärtiger Wert etwas höher) sowie die von Frankreich an der deutschen Grenze errichteten Zollbahnhöfe. Die auf lothringischem Gebiet liegenden Warndt-Zechen werden noch fünf Jahre lang betrieben werden, mit einer Förderung von jährlich 2,2 Millionen Tonnen aus den deutschen Flözen. Diese insgesamt 11 Millionen Tonnen, deren Wert kaum genau zu schätzen ist — vom Verkaufswert müßten ja die Löhne und Betriebs-


Französische Förderung unter deutschem Gebiet
Magerkohle
Obere Flammkohle
Untere Flammkohle
Fettkohle
Gruben
Eisenwerke
Preuss. Rhein-Provinz
Bayerische Pfalz
Saargebiet
Der Gau
Bayer. Saar-Pfalz
FRANKREICH
Mettlach
Merzig
Beckingen
Dillingen
Saarlouis
Ensdorf
Bous
Völklingen
Clarenthal
Der Warndt
FORBACH
Saarbrücken
St. Ingbert
Neunkirchen
Ottweiler
St. Wendel
Tholey
Homburg
Blieskastel
Zweibrücken
SAARGEMÜND
SAAR
PRIMS
BLIES

kosten der Zechen und eine relativ hohe Abschreibungsquote für die Anlagen abgesetzt werden —, bilden also eine zusätzliche Kaufsumme für die Saargruben über die 150 Millionen Reichsmark hinaus. Gewiß ist die hier getroffene Regelung nicht ideal; sie mußte aber in Kauf genommen werden, weil nur so eine Sicherheit dafür zu gewinnen war, daß die 2000 „Lothringengänger" — Saarländer, die in den Gruben und Hütten von Forbach, Merlenbach usw. jenseits der Grenze Beschäftigung finden — während der fünfjährigen Übergangszeit ihre Arbeitsstätte nicht verlieren. Die Möglichkeiten, einen angemessenen Teil der Kohlenproduktion der eigentlichen Saarzechen auch weiterhin in Lothringen und im übrigen Frankreich absetzen zu können, werden durch diese Extralieferung von 2,2 Millionen Tonnen Kohle jährlich zwar eingeschränkt, aber nicht völlig aufgehoben. Frankreich hat von der Gesamtförderung, die im Durchschnitt der letzten Jahre bei 10 Millionen Tonnen lag (gegen 12,7 Millionen 1913) rund 4,5 Millionen Tonnen — zuletzt weniger — aufgenommen.

Es ist zwar gelegentlich damit gedroht worden, daß Frankreich, falls sich das Saarland für Deutschland erklären werde, einen „eisernen Vorhang" an der Grenze niederlassen, das heißt also jede Einfuhr aus der Saar absperren werde. Mit den Abmachungen von Rom ist diese Drohung stillschweigend liquidiert worden. Sie war wohl auch nur agitatorisch gedacht, für die Zeit des Abstimmungskampfes bestimmt und niemals sehr ernst gemeint. Denn nur allein die lothringische Wirtschaft hat ein großes Interesse daran, das Saargebiet weiterbeliefern zu können: mit Eisenerz (Minette) und mit Lebensmitteln; sie könnte den Verlust eines so starken Kunden kaum überstehen.

Für denjenigen Teil der — nach der Reichseingliederung jedenfalls wieder stark steigenden — Kohlenförderung der Saarzechen, der nicht nach Frankreich verkauft werden kann (wo übrigens viele Kokereien und Hüttenanlagen im lothringischen Becken ganz auf „Saarqualität" eingestellt sind), wird zunächst die saarländische Wirtschaft selbst, mit ihrem nun wieder steigenden Bedarf, als Abnehmer einspringen. Ihr Verbrauch betrug in den letzten Jahren rund vier Millionen Tonnen, also fast soviel wie der Verkauf nach Frankreich, der damit doch nur drei Prozent des gesamtdeutschen Kohlenbedarfs ausmacht. Ein Teil des verstärkten Absatzes von Saarkohle in das Reich wird in der Form der Ausfuhr von elektrischer Energie stattfinden; ferner ist der Bau von Ferngasleitungen ins pfälzische Städtegebiet geplant. So kann die Abfallkohle (400 000 Tonnen) und der Überschuß an Koksgas verwendet werden. Darüber hinaus soll die Saarkohle in Süddeutschland durch den Bau eines Schiffahrtsweges von der Saar durch die Pfalz zum Rhein (Einmündung bei Ludwigshafen—Mannheim) bei billiger Frachtgestaltung „marktfähig", das heißt wettbewerbsfähig gemacht werden. Maßnahmen dieser Art, im Verein mit dem Bau von Autostraßen und mit umfangreichen Erneuerungsarbeiten an den Bahnstrecken und Bahnhöfen des Saargebiets, mit Wohnungsbauten und Bodenmeliorationen aller Art, werden auch die allmähliche Unterbringung der fast 40 000 Erwerbslosen ermöglichen, die das Saargebiet heute noch zählt — bei insgesamt 305 000 Erwerbsfähigen (unter 830 000 Einwohnern). Diese Ziffer zeigt auch, daß das Saarland nicht die „Konjunkturinsel" ist, als die es in der französischen Propaganda sonst geschildert wurde. Im Gegenteil, die Arbeitslosigkeit ist hier fast um ein Drittel höher als im Reichsdurchschnitt (mit 20 Erwerbslosen unter 100 Arbeitnehmern gegen 15 im Reich), und das, obwohl rund 15 000 junge Saarländer im Reichsgebiet als Arbeitsfreiwillige tätig sind. Im Saarland ist ja, wie bekannt, der Arbeitsdienst von der Regierungskommission verboten worden!

Eine Chance für den Status quo?

Die französischen Tendenzen, die eine Festsetzung an der Saar oder zum mindesten eine Einmischung in die saardeutschen Dinge zum Ziel haben, hatten nun im Laufe des Jahres 1933 noch einmal einen neuen Auftrieb erhalten, und daher datiert auch die große Erbitterung, mit der jetzt die Schlußphase des Saarkampfes durchgefochten worden ist — während an sich, ohne das Interessement Frankreichs, die Rückgliederung völlig ruhig und selbstverständlich verlaufen wäre. Man sah aber nun jenseits der Grenze mit einiger Bestürzung das Erstarken der nationalen Kräfte in Deutschland, nach dem Erfolg

der nationalen Revolution, und man sah auch die Chance oder man glaubte sie wenigstens zu sehen, dem unerwünschten neuen Regime in Deutschland durch das Aufpeitschen aller oppositionellen Kräfte im Saargebiet eine empfindliche Schlappe beizubringen. Wenn mit Hilfe der Kreise, die in einer innerpolitischen Opposition gegen die nationalsozialistische Regierung standen, eine nennenswerte Minderheit oder gar eine Majorität für den Status quo zu gewinnen sei — so lautete die Rechnung —, würde man dabei zwei Fliegen mit einem Schlag treffen: nämlich der Hitlerregierung einen schweren Prestigeverlust zufügen und das Saarland, wenn vielleicht auch nur zum Teil, als Völkerbundsgebiet für die Dauer unter französischen Einfluß bringen.

Nun setzte, unterstützt durch französische Gelder, die zumeist durch Funktionäre der Grubenverwaltung in die entsprechenden Kanäle geleitet wurden, ein wahres Trommelfeuer der Agitation gegen die deutsche Regierung und für den Status quo ein. Die „Emigrantenpresse" im Saargebiet schoß üppig ins Kraut — wobei allerdings gleich bemerkt werden darf, daß die Zahl der Leser nicht entsprechend der Zahl der Blätter gewachsen ist, und daß die Quantität des Gebotenen, von der Qualität ganz zu schweigen, weit geringer ist, als es bei einer ersten Inaugenscheinnahme zu vermuten wäre: deshalb nämlich, weil fast jeder Hetzartikel nach seinem ersten Erscheinen von drei, vier oder mehr dieser Blätter nachgedruckt wird.

Die Agenten der französischen Grubenverwaltung haben alle Mühe und viel Geld daran gewandt, eine katholische Separatistenpartei auf die Beine zu stellen. Da die Saarbevölkerung zu gut zwei Dritteln (72 Prozent) katholisch ist, versprach man sich von einer Agitation, die sich auf die Auswertung des konfessionellen Moments stützte, einen besonderen Erfolg. Die klare und entschiedene Haltung der Geistlichkeit, die, unterstützt durch die Bischöfe von Trier und Speyer, und unter Billigung des Heiligen Stuhls, für die selbstverständliche Lösung, also für den Anschluß an Deutschland, eingetreten ist, hat alle Erwartungen dieser Art schnell zerstört. Mit recht großer Verspätung ist in den letzten Novembertagen, also erst sechs Wochen vor dem Abstimmungstermin, eine „christliche" Status-quo-Partei formiert worden, in enger Anlehnung an das Oppositionsblatt „Neue Saarpost". Die maßgebenden Vertreter der beiden großen Konfessionen im Lande haben sofort erklärt, daß sie diese Gründung wie überhaupt jede politische Auswertung kirchlicher Fragen ganz entschieden ablehnen.

Die Haltung der Kirchen in der Status-quo-Frage ist also klar, und nicht minder ist es die Haltung der katholischen wie der evangelischen Volksschichten. Man kann sogar sagen, daß gerade die gläubigen Bekennner des Christentums in einem besonders hohen Maße davor gefeit sind, der Agitation für den Status quo Gehör zu schenken: deshalb nämlich, weil diese Agitation immer mehr ins „antifaschistische" Fahrwasser abgleitet und von radikalen Kommunisten monopolisiert wird. Über diese Entwicklung kann auch das Faktum nicht hinwegtäuschen, daß ein katholischer Priester, ein Angehöriger der China-Mission, der zwar seiner Herkunft nach Saarländer ist, aber jetzt einer ausländischen Ordensgemeinschaft angehört, Seite an Seite mit den antifaschistischen Agitatoren auftritt, um den Kampf gegen das nationalsozialistische Deutschland zu predigen. Es handelt sich eben bei diesem Pater Doerr um einen Einzelfall, der keineswegs der Kirche zur Last gelegt werden darf, und der ebensowenig verallgemeinert werden kann.

Im übrigen ist zu sagen, daß nur ein Teil der marxistischen Parteiorganisationen und nur ein kleiner Teil der Wählerschaft der drei in Frage kommenden Parteien (Kommunisten, kommunistische Opposition, Sozialdemokraten) für die Status-quo-Propaganda in Frage kommt. Wesentliche Teile des Parteiapparats, bei den Kommunisten so gut wie bei den Sozialdemokraten, haben sich gegen Ende des Jahres 1933, als die Wendung von der Parole „für Deutschland" zur Status-quo-Bewegung vollzogen wurde, von der marxistischen Front getrennt, um später zur „Deutschen Front" zu stoßen, in der sich die NSDAP und die bürgerlichen Parteien des Saarlandes unter den auch im Reich wohlbekannten Führern — dem Landesleiter Pirro, seinem Stellvertreter Nietmann, dem Führer der Gewerkschaftsfront, Peter Kiefer, dem Industriellen Hermann Röchling, und anderen mehr — zusammengefunden haben.

So kann aus den Ziffern der letzten Landesratswahlen von 1932, wo unter insgesamt

362 000 Stimmen 84 000 kommunistische und 36 000 sozialdemokratische Stimmen gezählt wurden, gewiß kein Rückschluß auf die voraussichtliche Zahl der Status-quo-Stimmen am 13. Januar gezogen werden — ganz abgesehen davon, daß es damals 477 000 Abstimmungsberechtigte gab, während es jetzt 533 000 sind, darunter etwa 45 000 Saarländer, die aus Deutschland, und 5000, die aus Frankreich in ihre alte Heimat zurückkehren. (Abstimmungsberechtigt ist, wer am Tage der Unterzeichnung des Friedensvertrags im Saargebiet wohnhaft war und am Abstimmungstage mindestens 20 Jahre alt ist.) Eher ließe sich aus der Besucherziffer der Agitationsversammlungen für den Status quo und aus den Auflageziffern der Separatistenpresse ein Anhalt für das voraussichtliche Abstimmungsergebnis gewinnen: unter Berücksichtigung dessen, daß dabei viele Menschen mitgezählt werden, die gewiß nicht mit dem Separatismus sympathisieren, wird in verschiedenen Schätzungen von 20 000 bis 30 000 wirklichen „Statusquolern", zumeist radikalen Antifaschisten, gesprochen. Auch Max Braun, im Volksmunde „Matz" Braun genannt, der sozialdemokratischer Agitator für den Status quo — selber kein Saarländer, sondern vom Niederrhein stammend — hat in einem Interview mit einer französischen Journalistin, die seine ostentativ zur Schau getragenen Hoffnungen auf einen „Sieg" der Status-quo-Partei recht skeptisch beurteilte, zugeben müssen, daß „im schlimmsten Falle", also bei einem Votum für Deutschland, die Zahl der „Unversöhnlichen" etwa 20 000 bis 25 000 betragen werde. Darunter befinden sich freilich auch nicht wenige politische Emigranten, die auf dem Wege von Deutschland ins Ausland erst einmal an der Saar haltgemacht haben.

„Wir sind ja Deutsche!"

Wie wenig populär die Status-quo-Propaganda im Lande ist, das zeigt deutlich eine kleine Anekdote, die im Saargebiet mit viel Behagen von Mund zu Mund weitergeht. Sie lautet folgendermaßen: Eine alte Bergarbeiterfrau, die bei der Feier der Rheinland-Befreiung in Koblenz zugegen war und die im letzten Sommer die Saarland-Treuekundgebung auf dem Ehrenbreitstein miterlebt hat, sagt kopfschüttelnd: „Jetzt han ich de Hindeburg jeseh'n, un han de Hitler jeseh'n, — aber de Statusquo, den han ich noch nit emol jeseh'n." Diese kleine Geschichte, so naiv sie sich gibt, hat doch ihren guten Sinn: sie zeigt deutlich, wie sich Deutschland in der Gestalt seiner führenden Männer klar symbolisiert, während das Völkerbunds-Regime der Regierungskommission — ein Engländer, ein Franzose, ein Saarländer, ein Südslawe und ein Finnländer verwalten jetzt die „Ministerien" dieses winzigen Staates, der, nicht größer als der Freistaat Danzig, in einer knappen Stunde mit dem Auto oder mit dem D-Zug zu durchqueren ist — niemals die geringste Aussicht hat, populär zu werden.

Wenn es sich beim Saargebiet wirklich so, wie es die Urheber des Versailler Vertrages vorgetäuscht haben, um ein Land mit gemischter Nationalität handelte, dann würde man eine Haltung der Regierungskommission unbedingt billigen müssen, bei der jedem der „drei Fälle" des Saarstatuts — Anschluß nach Osten, Anschluß nach Westen, internationales Regime — die gleiche Chance zugebilligt wird. So aber, wie die Dinge jetzt liegen, beim Fehlen jedes Nationalitätengegensatzes, läßt sich die Regierungskommission bei einem starr-doktrinären Festhalten an der nur theoretisch gegebenen Gleichberechtigung der „drei Lösungen" von einer innerpolitischen Gegnerschaft gegen das heutige Deutschland, wie sie für die Status-quo-Partei maßgebend ist, mißbrauchen. Sie hat darüber hinaus ihre Neutralitätspflicht dadurch verletzt, daß sie politische Emigranten, die aus Deutschland kamen und deren Asylrecht im Saarland vielleicht doch bereits problematisch war, in politisch wichtigen Funktionen innerhalb der Verwaltung und Polizei eingestellt hat.

Damit erst, mit derartigen Maßnahmen und mit der Duldung einer unerhörte Formen annehmenden radikalistischen Propaganda ist die letzte Verschärfung des Abstimmungskampfes an der Saar entstanden, die nun auch dazu geführt hat, daß die Saarregierung, in einer gewiß überflüssigen Sorge vor terroristischen Ausbrüchen der Deutsch fühlenden Saarländer, vorsorglich eine internationale Polizeitruppe für die Zeit der Abstimmung aufgeboten hat. Auch diese Maßnahme, die zunächst von Deutschland nicht gerade sympathisch aufgenommen wurde, wird zum Guten ausschlagen: weil nämlich die Anwesenheit

von einigen tausend Ausländern (Abstimmungskommissare, Wahlleiter, Polizei) jegliche Verdächtigungen, daß es bei dem Votum vom 13. Januar doch nicht hundertprozentig korrekt zugegangen sei, unmöglich machen wird — und solche Verdächtigungen wären andernfalls gewiß von Frankreich ausgegangen. Auch werden die ausländischen Gäste nach ihrer Rückkehr von der Saar zu Hause manches zur Aufklärung über dieses deutsche Land und über das sonstige Deutschland beitragen können.

Schon jetzt, bei der Vorbereitung der Volksbefragung, hat die aus „neutralen" Ausländern zusammengesetzte Abstimmungskommission gezeigt, daß sie ihre Neutralitätspflichten mit größter Strenge erfüllen will. Das wurde unter anderem bei der Behandlung der Einsprüche gegen die Abstimmungslisten deutlich. Da für viele Saarländer der Nachweis, daß sie am Tage der Unterzeichnung des Versailler Vertrags im Saargebiet ansässig waren und somit abstimmungsberechtigt sind, nach 15 Jahren oftmals nicht leicht ist, hatten die separatistischen Kreise durch die Massenfabrikation von Einsprüchen — 107 000 bei 533 000 Stimmberechtigten — ein großes Störungsmanöver eingeleitet. Die Abstimmungskommission hat aber über 50 000 dieser fingierten Einsprüche sofort abgewiesen und die übrigen Fälle in intensivster Arbeit so schnell geklärt, daß die Absicht der Separatisten, auf diesem Wege den Abstimmungstermin immer weiter hinauszuschieben, nicht durchzuführen war. Auch die anderen Hoffnungen der Separatisten, daß Aloisi oder der Völkerbundsrat eine „Definition" des Begriffs Status quo geben werde, wonach unter diesem „endgültigen" Völkerbundsregime doch noch eine zweite oder dritte Abstimmung möglich sein würde, ist ins Wasser gefallen. Man wollte nach einer solchen „Lösung", die freilich die Saar — nach einem Worte des Saarbevollmächtigten des Reichskanzlers, des pfälzischen Gauleiters Bürckel — zu einem „politischen perpetuum mobile" gemacht hätte, diejenigen Leute ködern, die noch irgendwelche Bedenken haben, sich einem nationalsozialistischen Deutschland anzuschließen, aber weit größere Bedenken, sich und ihre Heimat für die Dauer von Deutschland zu trennen. „Schlagt Hitler an der Saar!" so lautet die Theorie der Status-quo-Propagandisten. „Ihr beschleunigt damit das Ende der nationalsozialistischen Herrschaft im Reich, die einen solchen Prestigeverlust nicht verwinden kann — und dann steht euch die Rückkehr ins ‚befreite' Deutschland offen!"

Auch diese Propaganda hat nicht gezündet. Die Saarländer wären im Jahre 1923 bereit gewesen, in das Deutschland der Inflationswirren zurückzukehren, oder später, wenn es dazu gekommen wäre, in ein kommunistisches Deutschland, — sie lassen sich auch durch noch so schlimme Greuelmärchen über das nationalsozialistische Deutschland (von dem sie ja auch wissen, wie es in Wahrheit aussieht, denn die Grenzen sind ja nicht hermetisch verschlossen!) nicht von der Parole „Heim zum Reich" abbringen. Mit tiefer Enttäuschung stellt der „rasende Reporter" der Status-quo-Propaganda, Theodor Balk, in seiner Hetzschrift „Hier spricht die Saar" diese Haltung der Saarländer fest, wenn er sagt, daß jedes agitatorische Gespräch über die „schlimmen" politischen, wirtschaftlichen, kulturellen oder sozialen Folgen des 13. Januar mit dem Satz abgeschnitten werde: „Wir sind ja Deutsche." „Dieser Satz, mit seiner inneren Selbstverständlichkeit", so sagt er weiter, „sei die Königin im Schachspiel der Argumentationen —, denn dieser Satz kann jeden Einwand matt setzen." Ein solches Eingeständnis, von oppositioneller Seite, ist wertvoll genug.

Der Marsch nach Hause.

Seitdem Frankreich vor einigen Monaten letztmalig darauf verzichtet hat, mit der Drohung eines Einmarsches ins Saargebiet zu manövrieren und die Saarfrage zum Anlaß einer konfliktmäßigen Auseinandersetzung mit dem Reich zu machen, nehmen die Dinge rasch ihren natürlichen Lauf. Der Abzug der französischen Wirtschaftsinteressen und -interessenten hat auf der ganzen Front eingesetzt, und auch der Abmarsch der Emigranten und der mit ihnen sympathisierenden Elemente hat bereits begonnen. Das zeigt schon ein flüchtiger Blick in die Oppositionspresse, in der sich jetzt die charakteristischen Inserate — „Wohnung in Forbach gesucht" — „Liechtenstein bietet..." — „Ruhesitz in der Normandie ..." — häufen. Bemerkenswert ist auch, daß sich, wie gewisse Tauschinserate zeigen, nicht wenige Elsaß-Lothringer, die Möglichkeit

zunutze machen wollen, durch Erwerb von Grundstücken oder Geschäften im Saargebiet — unsern der alten Heimat, aber nun jenseits der französischen Grenze und frei von der Militärpflicht — zu Saarländern und damit bald auch wieder zu Reichsdeutschen zu werden. Unter den im Saargebiet geltenden Bestimmungen, die einen Wechsel der Staatsangehörigkeit sehr erheblich erleichtern — damit sollte, nach den Intentionen Frankreichs, das Saargebiet bereits noch vor dem Abstimmungstermin „freiwillig" französiert werden —, sind, sehr zur Überraschung der Regierungskommission, bereits 2000 Lothringer zu Bürgern „saarländischer Nationalität" geworden; dagegen haben nur ganz wenige Saarländer die deutsche Staatsangehörigkeit aufgegeben, um Franzosen zu werden.

Das Desinteressement der französischen Wirtschaft, das in Voraussicht der Rückgliederung des Saargebietes bald nach dem 13. Januar erfolgt ist, hat freilich die unangenehme Folge gehabt, daß der Saarwirtschaft die Kredite, die bisher bei französischen Warenlieferungen gewährt worden sind, entzogen werden; auch Hypothekenkündigungen sind in erheblichem Umfange erfolgt. Andererseits steckt die Saarwirtschaft, was die Bezahlung ihres Exportes nach Deutschland angeht, im deutsch-französischen Clearing-Verfahren, das um so weniger funktioniert, je mehr sich der französische Markt der Saarwirtschaft verschließt, so daß also der „Export" nach Deutschland zwangsläufig immer stärker wird. Diese Entwicklung — Kauf französischer Waren nur gegen bar, „Einfrieren" der Verkaufserlöse aus dem Export nach Deutschland im Clearing-Büro — führt zu einer immer schlimmer werdenden Stagnation der Saarwirtschaft. Von der Saar-Handelskammer ist bereits als Lösungsmöglichkeit vorgeschlagen worden, die Saarwirtschaft möglichst sofort ins deutsche Zollgebiet einzubeziehen, damit der Austausch der saarländischen und der deutschen Waren ohne die Zoll- und Währungshemmnisse, wie sie heute bestehen, erfolgen kann. Wahrscheinlich wird man sehr bald nach der Abstimmung zu dieser Lösung kommen. Schon jetzt, im Laufe der letzten Monate, hat sich der deutsch-saarländische Wirtschaftsverkehr außerordentlich stark intensiviert, zum Teil als Folge des deutschen Wirtschaftsaufschwunges. Dabei kommen die Erzeugnisse der Saar praktisch zollfrei über die Grenze, weil nämlich die Zollbeträge gestundet werden (später sollen die so entstandenen Zollschulden niedergeschlagen werden), während die Einfuhr aus Deutschland, abgesehen von gewissen Erleichterungen für zahlenmäßig begrenzte Warenkontingente, den vollen französischen Zoll trägt.

Die weiteren Fragen der wirtschaftlichen Rückgliederung — über das wichtigste Problem, den Kohlenabsatz, und über die damit zusammenhängenden Dinge ist eben schon gesprochen worden — sind durchaus nicht so schwierig, als daß sie bei dem ja doch auf beiden Seiten vorhandenen guten Willen nicht gelöst werden könnten. Die Ablösung des französischen Währungs- und Zollregimes durch das deutsche ist überdies in den Verhandlungen von Rom in seinen organisatorischen Einzelheiten bereits geklärt.

Auch handelspolitische Abmachungen zwischen Deutschland und Frankreich, bei denen es sich auf deutscher Seite um den Absatz von Kohle und Industrieprodukten handelt, auf französischer Seite um die Lieferung von Erz (Minette) und Lebensmitteln, sind bereits eingeleitet. Die Landwirtschaft des Saargebietes, die sich in den Jahren seit dem Kriege nicht ungünstig, aber einseitig (sehr starke Ausdehnung des Kartoffelanbaus) entwickelt hat, wird unter den neuen Verhältnissen, auch dann, wenn ein Teil des bisher aus Elsaß und Lothringen kommenden Zuschußbedarfs an Lebensmitteln vom Reich her geliefert wird, bestimmt nicht schlecht fahren. Eine gewisse Umschichtung in den Lebensmittelpreisen (leichte Verteuerung von Brot, Fett, Hülsenfrüchten, Gemüse, niedrigere Preise für Butter, Kartoffeln und einzelne Fleischsorten) kann weder die saarländische Landwirtschaft erschüttern, noch eine Verteuerung der Lebenshaltung bedingen; die Lohnhöhe (Schicht- und Stundenlöhne) wird also bestehen bleiben können, wobei zu hoffen ist, daß durch Fortfall von Feierschichten und Kurzarbeit und durch Verminderung der Arbeitslosigkeit die Lohnsumme insgesamt steigen wird. (Der Monatsverdienst der Bergarbeiter liegt jetzt zwischen 90 und 120 RM.)

Gewisse Rückgliederungsschwierigkeiten werden sich allerdings für diejenigen Industriezweige ergeben, die während der Abtrennung vom deutschen Zollgebiet zur Versorgung des Saarlandes mit den gewünschten Konsumwaren „deutscher

Qualität" neu aufgebaut oder stark ausgebaut worden sind; aber auch hier werden sich, mit Hilfe der im Reich geschaffenen wirtschaftsständischen Organisation, Mittel und Wege für einen vernünftigen Interessenausgleich finden lassen. Relativ einfach ist, dank des Vorhandenseins der internationalen Eisenverbände, die Absatzfrage bei der Eisenindustrie, die nächst der Kohle mit jetzt 27 000 Mann (in der Zeit der Hochkonjunktur: 36 000) die meisten Arbeiter beschäftigt.

*

Seit der Abtrennung vom Reich ist die Saarbevölkerung dank des hohen Geburtenüberschusses und infolge der Zuwanderung in den „guten Zeiten" der schwerindustriellen Konjunktur, von 670 000 auf 830 000 Menschen angewachsen. Die Bevölkerungsdichte beträgt damit, bei einer Fläche von 1912 Quadratkilometern, 433 Einwohner je Quadratkilometer, dreimal soviel wie im Reichsdurchschnitt (139); sie ist also weit höher als in den übrigen deutschen Industriegebieten und in Belgien oder England. Da große Teile des Saarlandes – so der ganze Norden – noch einen fast rein landwirtschaftlichen Charakter haben, ist die Zusammenballung der Menschen im eigentlichen Industriegebiet, vor allem im Saartal und im Bereich der Kohlenzechen, tatsächlich noch viel stärker, als diese Zahlen erkennen lassen. Trotzdem, und obwohl hier 59 Prozent der Erwerbstätigen (verglichen mit nur 41 Prozent im Reich) in Bergbau, Industrie und Handwerk tätig sind, gegen 9 Prozent (im Reich: 23 Prozent) land- und forstwirtschaftlich Tätige, ist die Struktur der Siedlung gesund. Ein Drittel der Belegschaft der schwerindustriellen Werke wohnt in eigenen Häusern – von den Verheirateten sogar zwei Drittel. Unter 175 000 Arbeitern gibt es 50 000 „Arbeiterbauern", die ein Stück Ackerland bewirtschaften und sich eigenes Vieh halten.

Freilich ist diese im Kern so gesunde Entwicklung im Laufe der letzten Jahre, auch unter dem Einfluß der französischen Zechenverwaltung, die Arbeitersiedlungen mit Werkwohnungen ohne Garten- und Ackerland geschaffen hat – hier sind charakteristischerweise die Hochburgen der kommunistischen Status-quo-Propaganda –, bereits stark angenagt worden. Es wird eine der wichtigsten Aufgaben der Rückgliederung sein, die ideale Mischung zwischen industrieller und bäuerlicher Arbeit, die sich an der Saar nicht anders als in Württemberg bei einer ihrer rassenmäßigen Abstammung nach ähnlich zusammengesetzten Bevölkerung ergeben hat, aufrechtzuerhalten – durch Maßnahmen ähnlicher Art, wie sie hier schon vor dem Kriege von der preußischen Bergwerksverwaltung angewandt worden sind (zum Beispiel Gewährung von Landprämien und zinslosen Darlehen). Darüber hinaus wird ein Teil des Bevölkerungsüberschusses mit den neuen Methoden, die der nationalsozialistische Staat herausgebildet hat, wieder in eine enge Verbindung zum Boden gebracht werden müssen; Ansätze dieser Art sind bereits vorhanden.

Heute noch ist die Saar ein „grünes Land", mit Wäldern rund um die Zechen, mit Gärten rund um die Eisenwerke und Fabriken, und mit gesunden Kindern auf den Straßen der großen Arbeiterdörfer, die fast überall noch ländlichen Charakter tragen. Die weitere Auflockerung dieser Siedlungsstruktur ist, auf lange Sicht gesehen, die größte Aufgabe der Rückgliederung.

Adolf Hitler an die Saardeutschen:

Es wird keine glücklichere Stunde geben für dieses neue Deutschland als die, in der wir die Tore aufreißen können und euch wieder in Deutschland sehen.

Was jeder Deutsche wissen muß

Handel und Verkehr sind am Gesamtumsatz der deutschen Wirtschaft mit 26 Milliarden Reichsmark beteiligt, die Industrie mit 19 Milliarden Reichsmark und die Landwirtschaft mit 10 Milliarden Reichsmark.



Während zu Beginn des Weltkrieges 120 Millionen Menschen der Zentralmächte 278 Millionen der Entente gegenüberstanden, befanden sich 1918 insgesamt 25 Staaten mit 1344 Millionen Menschen gegen Deutschland im Kriegszustand.



Zum Kriegsdienst ausgehoben wurden in Deutschland 13,25 Millionen Soldaten, in Österreich-Ungarn 9 Millionen, in Frankreich 7,9 Millionen, in Großbritannien 8,3 Millionen, in Italien 5,2 Millionen, in Amerika 3,8 Millionen, in Rumänien 1 Million, in Belgien 0,4 Millionen, in Rußland etwa 10 Millionen, in der Türkei und Bulgarien zusammen 2,5 Millionen und in den kleinen Staaten der Entente zusammen 1 Million. Die Stärke des deutschen Heeres betrug im August 1914 3,9 Millionen, am 6. September 1916 8,2 Millionen und am 11. November 1918 8 Millionen Soldaten.



Ungefähr drei Viertel des deutschen Reichsgebietes sind vorwiegend landwirtschaftlich eingestellt. Aber nur wenig mehr als ein Drittel der deutschen Bevölkerung ist auf dieser Fläche untergebracht. Zwei Drittel des deutschen Volkes leben also in großen Städten und Industriegebieten. Während 1882 im Deutschen Reich noch 40 v. H. der Gesamtbevölkerung landwirtschaftlich tätig waren, gehören heute zur Berufsgruppe Landwirtschaft wenig mehr als 23 v. H.



Seit dem Jahre 1919 sind nach einer polnischen Statistik ungefähr eine Million Deutsche aus den ehemals deutschen Gebietsteilen im Osten ins Reich abgewandert. Damit ist die deutsche Bevölkerung in der ehemaligen Provinz Posen um ungefähr 50 v. H. zurückgegangen.

Fast 20 Millionen Menschen der deutschen Bevölkerung wohnen in Großstädten. Nach den Ergebnissen der letzten großen deutschen Volkszählung gibt es in Deutschland 52 Großstädte.

Das Hilfswerk „Mutter und Kind", im Rahmen der NSV, veranstaltete im Jahre 1934 fünf große Sammlungen, die einen Ertrag von über 10 Millionen Reichsmark erbrachten. Die Bevölkerung der Reichshauptstadt allein spendete beinahe 700 000 Reichsmark, das heißt also, daß jeder Berliner durchschnittlich 16 Reichspfennig für das Hilfswerk opferte. Die gleiche Durchschnittsspende ergab auch die Sammlung im Reich.



Die Mitgliederzahl der NSV hat in den letzten Monaten des Jahres 1934 eine überaus beachtliche Zunahme erfahren. Während ihr im Anfang des Jahres 1934 nur 112 000 Mitglieder angehörten, können bei Beginn dieses Jahres gegen 4 Millionen Mitglieder gezählt werden.



Nach den Ermittlungen des Statistischen Reichsamtes sind in Deutschland Mitte Juni 1933: 500 000 Zugehörige zur israelitischen Religion gezählt worden. Im Jahre 1925 gab es davon in Deutschland noch 565 000. Diese statistischen Zahlen umfassen leider nur die „Glaubens"-Juden. Die Zahl der „Rasse"-Juden dürfte wesentlich höher sein, da die Tarnungssucht der Juden sie sehr oft zu anderen Religionen abwandern läßt.

Die Zahl der von 1910 bis 1925 eingewanderten Ostjuden beträgt etwa 71 000.

Nach den Volkszählungen von 1925 wurden in Berlin 173 000 Juden gezählt. Heute sind es immer noch 161 000, das heißt ein Drittel der gesamten jüdischen Bevölkerung. Während der Rückgang der jüdischen Bevölkerung in den preußischen Provinzen durchschnittlich 13,2 v. H. aufweist, in Ostpreußen 22 v. H. und in Schleswig-Holstein sogar 25 v. H., hat die Reichshauptstadt leider den geringsten Rückgang mit 7 v. H. zu verzeichnen.

Aus der Geschichte der Bewegung

Hans zur Megede:

Der Weg zur Ruhr

Der Nationalsozialismus ist die große Bewegung, die es sich aus dem Gesetz des Blutes heraus zur Aufgabe gemacht hat, den deutschen Menschen in seinem tiefsten Wesen zu erfassen und in ihm die Kräfte seines rassisch bedingten Wollens freizulegen. Wenn wir also die Geschichte des Nationalsozialismus schreiben, so sind wir uns dessen bewußt, daß wir dabei von der inneren Gesetzmäßigkeit des Deutschseins schlechthin auszugehen und alsdann auch darzustellen haben, was vom Anfang der Bewegung an den nationalsozialistischen Menschen in seinem Fühlen direkt oder indirekt bewegt, in seinem Denken und Handeln beeinflußt, was ihn gefördert oder ihm hindernd im Weg gestanden hat.

Wir haben den Beginn des erbitterten Kampfes verfolgt, den Adolf Hitler mit den Seinen, mit uns Nationalsozialisten, gegen Lüge und Verrat, gegen Feigheit und Treulosigkeit, gegen die ganze schmähliche Haltung der Regierenden im Nachkriegsdeutschland aufgenommen hatte. Wir haben aber auch gesehen, daß dieser Kampf seinen Ursprung nicht nur in den innerpolitischen Verhältnissen hatte, sondern auch in der außenpolitischen Gesamtsituation begründet war.

Gerade jetzt, nachdem wir bei unserer letzten Darstellung über die Taten der Gegner Deutschlands in kurzen Umrissen bis zu den ungeheuerlichen Forderungen des Londoner Ultimatums gelangt sind und damit gesehen haben, daß Frankreich um diese Zeit sich anschickt, über Rhein und Ruhr hinaus nach Essen vorzustoßen, gerade jetzt müssen wir den Blick auf das damalige Geschehen jenseits der Grenzen richten.

Und dabei drängt sich sofort eine Frage auf: Was veranlaßte das westliche Nachbarvolk, uns seit Jahrhunderten in historisch kurzen Zeitabschnitten wieder und wieder den Rost von der Klinge zu fegen? Welche Idee steckte dahinter, welcher Trieb, welcher Wille, welches Ziel?

Diese Fragestellung macht es erforderlich, daß wir uns diesmal von der eigentlichen Geschichte der Bewegung abwenden, um auf Frankreich, den großen Gegenspieler des deutschen Volkes, näher einzugehen, auf seine Geschichte, auf Land und Volk.

Die Idee ist alt. Seit der durch Raubkriege aus verschiedenen Ländern zusammengewürfelte Nationalitätenstaat Karl des Franken mit dem Teilungsvertrag von Verdun 843 auseinanderfiel und sich diesseits des Rheins das germanische Blutserbe wieder bemerkbar zu machen begann, hat Frankreich die Rheinidee in hin- und herwogender Unruhe beherrscht. Seither ist das Gebiet zwischen Rhein-Alpen und der Rhone-Maas-Schelde-Linie mit dem jetzigen Lothringen, damals schon vorübergehend als Pufferstaat geschaffen, ein Zankapfel zwischen Deutschland und Frankreich gewesen. Mit dem nur sehr allmählich aufsteigenden Nationalbewußtsein der deutschen Stämme verfolgen wir den Kampf um dieses Gebiet durch die Jahrhunderte. Ein Ringen, das oft genug vom Widerstreit dynastischer Interessen getragen und von wechselseitigen Erfolgen begleitet war.

Dreimal stand Frankreich im 10. Jahrhundert am Rhein, dreimal wurde es von den Ottonen zurückgeschlagen, um schließlich durch den Tod des letzten Karolingers und die Regentschaftsübernahme durch Hugo Capet im Jahre 987 auch

jeden dynastischen Herrschaftsanspruch auf das lothringische Erbe zu verlieren, das nun der römischen Kaiserkrone verfiel. Das alemannische Elsaß war bereits 930 mit Schwaben verbunden worden. Mochten darauf Frankreichs Söldner hinter dem Machtstreben der mittelalterlichen Päpste gestanden haben, mochten seine Heerscharen 1365 und 1445 vorübergehend ins Elsaß eingebrochen sein und der Dauphin von Frankreich sogar mit der Belagerung Straßburgs gedroht haben, so konnte dieses Land doch erst im 17. Jahrhundert gewaltsam erobert und damit der französische Rheintraum zur Tatsache werden.

Bis dahin war Frankreich unter den Wehen seiner inneren Einigung nicht zu voller Machtentfaltung gekommen. Von außen bedrängt durch die Habsburger, also Österreich und Spanien zugleich, von innen gefährdet durch die Hugenotten und einen ständig rebellierenden Hochadel, krachte es um 1600 sogar in allen Fugen. Katharina von Midici, die Königinmutter, sehr intrigant und locker, erwehrte sich nur mit Mühe der Feinde ihres unmündigen Sohnes, von dem einzelne Geschichtsschreiber wissen wollen, daß er ein verjudeter Bastard gewesen sei. Ein Falkenwärter, Charles de Luynes, setzte ihn auf den Thron, nachdem er den Günstling der Königin, Marquis von Ancres, gestürzt und Katharina selbst nach Blois vertrieben hatte.

König Ludwig XIII., erzogen unter ausgiebiger Benutzung der Peitsche, war in manchen Dingen nicht untalentiert, besaß aber keineswegs Eigenschaften, die ihn zum Herrscher befähigt hätten. Noch unfähiger war sein Mentor, de Luynes. Gegen ihn und die Krone glaubte daher der Adel leichtes Spiel zu haben. Die alten Geschlechter, die Montmorency, Turenne und Condé, im Besitz weiter Landstrecken und befestigter Schlösser, versuchten, das Zepter an sich zu reißen, und die Hugenotten nutzten diese chaotischen Zustände aus, um das Recht auf eigenen Glauben im Kampf zu erringen.

Hilflos sah die Königinmutter sich und das Schicksal Frankreichs einem uferlosen Treiben ausgesetzt. Hilflos rief sie ihren letzten Ratgeber, den Bischof von Lucon. Es war Armand Duplessis, Kardinal de Richelieu. Der Ruf war nicht umsonst.

Mit Richelieu kam der genialste Staatsmann zur Regierung, den Frankreich je gehabt hat. Ein Geist von weltgeschichtlicher Bedeutung, eine Persönlichkeit, deren Fluidum richtungweisend durch die Jahrhunderte auf alle nachfolgenden Politiker Frankreichs gewirkt hat, ob sie Clemenceau, Poincaré, Briand oder Tardieu heißen. In seinem Gesicht schon spiegelte sich der Zweiseelenmensch, typisch für diese Nation, wider. Ein dunkles, wildkantiges Gesicht, mit weichem Mund und harten Zügen, mit fast schwarzen, schräggestellten Augen, die ebenso klein und grausam funkeln wie groß und milde glimmen konnten. Er war voller Tradition, aber skrupellos, er war brutal, aber umsichtig, er war listig, aber nicht feige; er kannte keine Freunde, keine Dankbarkeit, kein Gesetz, aber er kannte eins: Frankreich. Er jagte den Falkenwärter de Luynes in den Kampf mit den Hugenotten und trat darauf die Herrschaft an. Er zwang, kaum dreißigjährig, die Glaubenskrieger zum ersten Frieden (1622) und nahm den König in seine Gewalt. Er machte diesen königlichen Kümmerling zum Sekretär im eigenen Kriegsministerium und ließ ihn Zeitungsartikel zur Verteidigung seiner zwar notwendigen, aber keineswegs christlichen Kardinalspolitik schreiben. Er verband sich mit England, mit den Niederlanden zum gemeinsamen Krieg gegen Spanien und benutzte deren Flotte doch nur dazu, um den Hugenotten in ihrem letzten Bollwerk zu Leibe zu gehen, in der Seefeste La Rochelle. Er betrog die Engländer darauf sofort und schloß mit Spanien heimtückisch einen Sonderfrieden. Er zog, Staatsmann und Feldherr zugleich, jetzt sogar persönlich gegen das von den gereizten Engländern unterstützte und wieder befestigte La Rochelle und vernichtete die Hugenotten politisch, als Staat im Staate, ließ aber ihre Glaubensfreiheit unangetastet.

Das führte zum Aufstand. Zunächst rebellierte der Klerus, geführt von der enttäuschten Königinmutter. Doch Richelieu fertigte seine Widersacher mit harten Schlägen ab und hetzte Katharina in atemloser Flucht außer Landes, nach Köln. Dort starb sie 15 Jahre später, arm und vergessen. Allein es flackerte weiter, bis 1632 das ganze Land in den Flammen des Aufruhrs loderte. Adel, Parlamente und Klerus erhoben sich jetzt vereint gegen den Revolutionär in Purpur.

Er wich um keinen Zoll. Jedes Mittel war ihm recht, den Widerstand zu brechen. Und er brach ihn durch Bestechung und Verrat. Montmorency, die Seele des Aufstandes, wurde in eine Falle gelockt und gefangengenommen. Er endete auf dem Schafott, mit ihm ein großer Teil des Adels und alle, die zu den Rebellen gehört oder ihnen auch nur nahe gestanden haben. Dem Kardinal de Richelieu sind, wie er selbst einmal sagte, tote Gegner die angenehmsten gewesen.

Jahre nur später hatte er aus dem zerrissenen Frankreich einen Nationalstaat mit einheitlicher Zentralgewalt, einen Staat von eiserner Festigkeit gemacht. Ihn brauchte Richelieu, um seinen hohen Zielen näher zu kommen. Sie lagen östlich des Rheins. Der Kardinal hatte diese Ziele in seinem Gutachten vor dem Staatsrat bereits am 13. Januar 1629 wie folgt umrissen: „Frankreich muß sich Pforten zum Eintritt in alle benachbarten Staaten öffnen ... und wenn möglich, bis Straßburg vordringen. Das erfordert viel Zeit und ein v o r s i c h t i g e s und v e r d e c k t e s V e r h a l t e n ..." Dies ist die Anweisung, mit der Richelieu das politische Gesetz Frankreichs geprägt hat, eine Zielsetzung von ungeheurer Tragweite, der alle französischen Staatsmänner gefolgt sind bis auf den heutigen Tag.

Er selbst handelte danach. Seine Hand mischte hinter den Kulissen des Dreißigjährigen Krieges die Karten des diplomatischen Intrigenspieles. Er veranlaßte Gustav Adolf von Schweden, über Pommern in Deutschland einzudringen. Nicht nur in der Absicht, die Hausmacht der Habsburger zu schwächen, sondern auch in dem Willen, das deutsche Volk selber durch den immer wieder aufstiebenden Wirbel der Kriegsfurie in eine lang anhaltende Ohnmacht zu versenken. Daneben schmeichelte er sich bei den deutschen Fürsten ein, spielte deren Beschützer und erhielt in Bernhard von Weimar einen Bundesgenossen, der ihm schließlich das Rheinprojekt verwirklichen half. Französische Söldner, unterstützt von den Scharen dieses Fürsten, eroberten Lothringen, das Elsaß und den größten Teil des unteren Rheingebietes für das Frankreich Richelieus.

Als der Kardinal 1642 starb, verkörperte das französische Königtum die einzige geschlossene Macht in Europa und wurde bald darauf mit Abschluß des Westfälischen Friedens zum Herrn über Deutschland. England erschüttert, Spanien besiegt und das Reich in Atome zerstückelt — das war die Bilanz einer Politik, die in Frankreich auch fürder beibehalten werden sollte nach den Grundsätzen Sr. Eminenz.

Der erste hervorragende Epigone Richelieuschen Geistes war Ludwig XIV. Mit seinen Raubzügen über den Rhein setzte er das begonnene Werk fort und machte die Lande ringsum durch Krieg und Brand zu einer schaurigen Einöde. Dies geschah mit einer geradezu fanatischen Zerstörungswut, wie sie bisher in Europa unbekannt gewesen. Nach dem Tode des letzten pfälzischen Kurfürsten nämlich hatte der König Ansprüche auf die kurpfälzischen Gebiete für seine Schwägerin Liselotte von der Pfalz erhoben und sich zur Durchsetzung dieser Ansprüche zunächst der Städte Mannheim und Heidelberg bemächtigt (1688). Während sich Ludwig selber an seinem Hof mit Glanz und Gepränge umgab — Sonnenkönig nannte man ihn —, ließ er durch seinen Kriegsminister Louvois den französischen Generälen Befehl erteilen, in den eroberten Gebieten keinen Stein auf dem andern zu lassen und die Einwohner zu erschießen, sobald sie den Versuch machen sollten, ihre Häuser und Gehöfte wiederaufzubauen. Kreuznach, Oppenheim, Baden, Bruchsal, Offenburg, Worms, Speyer, das kurköllnische und trierische Land wurden in Trümmerhaufen und Stätten des Elends verwandelt. 1681 war Straßburg, die alte deutsche Reichsstadt, bereits in französischen Besitz gelangt.

So hatte Ludwig, der sich gern als „christlichster aller Könige" bezeichnen ließ, kurz vor seinem Tode die von Richelieu empfohlenen Eingangspforten nach Deutschland aufgeschlagen. Das obere Rheinufer war gewonnen und weit standen französische Vorposten im Moselgebiet.

Indes, wie groß und imponierend das von Ludwig hinterlassene Reich auch war — von langer Dauer ist die Vorherrschaft Frankreichs am Rhein in dieser Zeit nicht gewesen. Allenthalben machte sich in der französischen Oberschicht damals eine völlige Verrottung und Verweichlichung bemerkbar, die nicht nur zur Abnahme des französischen Einflusses am Rhein, sondern auch zu jener Unzufriedenheit mit der Bourbonenherrschaft in Frankreich selbst führte,

die schließlich in den folgenden Revolutionswirren ihr Ventil finden sollte. Zuvor hatte auch die bisher als „unbesiegbar" geltende französische Armee einen bedenklichen Rückschlag erlitten, als sie zum ersten Male die Waffen mit dem preußischen Heer gekreuzt und von Friedrich dem Großen bei Roßbach besiegt worden war.

Fast ein Jahrhundert hat es dann gedauert, bis Frankreich das Rheinprogramm wieder aufnahm, dort, wo Ludwig XIV. es liegen gelassen hatte. Es geschah dies aus den Anschauungen der liberalen Revolution von 1789 heraus, die Frankreich mit einem Meer von Blut überschwemmte und in der zugleich „die geheiligten Menschenrechte" proklamiert wurden. Als „dritter Stand" war das französische Bürgertum, später politisch geteilt in Girondisten und Jakobiner, zur Macht gekommen und damit ein Kraftstrom entfesselt worden, der sich alsbald nach außen richtete. Unter dem Vorwand, daß Österreich und das inzwischen zum europäischen Machtfaktor emporgestiegene Preußen die „Errungenschaften der Revolution" bedrohten, beschloß die in Paris tagende Nationalversammlung 1792 einstimmig den Krieg. Die Armee der „Sansculotten" marschierte, nicht nur durchdrungen von den „gefährdeten Menschenrechten", sondern auch davon, daß die Zivilisation des Abendlandes einzig eine französische sein könne.

Diesen Gedankengang hatte Richelieu praktisch als erster zur ideologischen Grundlage seiner Politik gemacht, die jetzt nach hundertjährigem Schlaf triumphierend ihre Auferstehung im liberalen Kleide feierte. Dreiundzwanzig Jahre dauerte mit kurzen Unterbrechungen dieses Ringen, das mit den fürchterlichen Verwüstungen der Sansculotten am Rhein, mit Eroberungen abwärts der Mosel und der Einverleibung Belgiens an Frankreich begann, um in den Kriegszügen Napoleons seinen Gipfel und schließlich auch sein Ende durch den Sieg des von England, Österreich und Rußland unterstützten Preußen zu finden. Bis an das Elsaß wurde Frankreich 1815 zurückgedrängt; auch Belgien ging ihm verloren.

Seit Jahrhunderten war dies der erste schwere Rückschlag, den die bis ins Ungemessene überspannte Volkskraft der Franzosen erlitten hatte. Dieser Rückschlag mußte sich um so eher wiederholen, je unruhiger der westliche Störenfried Europas blieb und je stärker der Widerpart wurde, den Frankreich in Preußen gefunden hatte. Als dann die werdende Einigung der deutschen Stämme sich unter der Führung Bismarcks immer stärker am politischen Horizont abzuzeichnen begann, glaubte Napoleon III. das Gefüge Europas in Gefahr und prägte den Satz: „Frankreich hat die Aufgabe, in alle Verträge seinen Brennusdegen zugunsten der Zivilisation zu legen."

Suchte sich Napoleon damit auch das „verdeckte und vorsichtige Verfahren" Richelieus zu eigen zu machen, um wieder über den Rhein vorstoßen zu können, so darf man doch nicht übersehen, daß er sowohl wie das französische Volk tatsächlich dieser Ansicht waren; und daß die Alleingültigkeit der westlichen Zivilisation für diese Nation auch heute noch ein feststehender Begriff ist, der mit den „natürlichen Grenzen am Rhein" eine Einheit bildet wie Körper und Geist.

Aus dieser Anschauungswelt heraus mußte es zum Kriege 1870/71 kommen, als dem alten Kraftpol im Westen ein neues Kraftfeld von Osten entgegenzuwirken begann. Das junge entstehende Deutschland Bismarcks, schlug den Franzosen das von Richelieu gewiesene Tor nach dem Reich (Elsaß) wieder zu, und der Rhein wurde das, was er einst gewesen: deutsch!

Wir sehen: französische Zivilisation und deutsche Kultur, das Land Descartes, Voltaires, Rousseaus und das Land Goethes, Kants und Nietzsches, sie standen sich schon lange gegenüber. Und auch hier erweist sich das Wort Alfred Rosenbergs als richtig, daß die Geschichte ein Ringen von Blut mit Blut, von Charakter mit Charakter, von Rassen mit Rassen, von Volkskulturen gegen und mit Volkskulturen ist. Wir Deutschen des Dritten Reiches nehmen diese Erkenntnis auf in dem Wissen, daß alles Leben, auch das der Völker und ihrer Kulturen, aus Reibungen positiver und negativer Kraftpole entsteht, die einander bedingen wie Mann und Weib.

Von dieser Schau her betrachten wir auch den bisher größten Waffengang der Weltgeschichte, den Krieg von 1914 bis 1918, dessen tragende

Elemente Deutschland und Frankreich waren. Und die Tatsache, daß um sie herum, auf der einen und auf der anderen Seite, sich auch andere Völker scharten, zeigt uns lediglich das Aufkommen neuer Kraftströmungen, die es dereinst erforderlich machen werden, daß die beiden Nationen sich nicht mehr in Kriegen zerfleischen und aufreiben dürfen, sondern ihre Kräfte gemeinsam gegen Angriffe auf die wahre Kultur Europas zu richten haben werden.

Leider ist man an der Seine noch lange nicht so weit. Es gibt dort immer noch Strömungen, von denen die politische Atmosphäre vergiftet wird, besonders mit der unwahren Behauptung, daß Deutschland die Schuld am Weltkrieg trage. Als ob es nie eine von Frankreich und England, von Eduard VII., Lord Grey, von Poincaré, Delcassée und Paléologue sorgsam geleitete Einkreisungspolitik gegeben hätte! Und wenn man fragt, welche äußere Zielsetzung Frankreich dabei gehabt hat, dann erhält man wohl die beste Auskunft in der im August 1914 erschienenen Schrift des Franzosen Reclus: „L'Allemagne en morceaux" (Deutschland in Stücke), einer viel beachteten Broschüre, die für die Wiederherstellung des Zustandes nach dem Westfälischen Frieden eintrat und die Abtrennung der Rheinlande von Deutschland forderte. In gleichem Maße waren die führenden Geister am Quai d'Orsay (dem französischen Außenministerium) beherrscht von der traditionellen Rheinpolitik Frankreichs. Man darf deshalb auch nicht an jener Äußerung vorbeigehen, die ein bekannter französischer Journalist dem deutschen Verteidiger vor französischen Kriegsgerichten, Professor Dr. Grimm*, gegenüber gemacht hat: „Streiten wir uns doch nicht immer um die Kriegsschuldfrage, wir wissen es doch alle, daß der eigentlich Kriegsschuldige Richelieu ist." Es liegt ein Korn gesalzener Wahrheit in diesem Satz, denn in der Tat hat der Kardinal nie bessere „Testamentsvollstrecker" gehabt, als die Staatsmänner Frankreichs im 20. Jahrhundert: Clemenceau, Poincaré und Briand, zu denen sich Tardieu und Berthelot als Helfer von Rang gesellten. Wenn sie indes ihr Endziel, das sei vorweggenommen, doch nicht erreichten, dann lag das wahrlich nicht an ihnen, sondern daran, daß sich von den beiden Kraftpolen Europas das deutsche Volk als der widerstandsfähigere erwiesen hat. Im Kriege sowohl, *den wir nicht wollten und auch künftig nicht wollen*, als auch nach jenem „Frieden", dessen Besserung unsere Sehnsucht bleibt: Versailles!

Nach vier Jahren erbitterten Kampfes hatte das deutsche Volk die Waffen niedergelegt und dann sein Schicksal in die Hände eines Mannes gegeben, der es von je gehaßt wie nie einer zuvor: Georges Clemenceau, den man den Tiger nannte und der von allen Ministerpräsidenten Frankreichs der temperamentvollste war. In ihm ballte sich die ganze seelische Energie seiner ruhm- und ehrsüchtigen Nation bis zum äußersten, wenn er seine Gedanken über den Rhein schweifen ließ. Dort saß nach seiner Meinung ein Volk, das Zivilisation nur in der Theorie besitze und das der „Barbarei auch heute zu nahe" sei, „um in der Anmaßung der deutschen Aristokratie, in der kriecherischen Gemütlichkeit des Gebildeten und Gelehrten, in der plumpen Eitelkeit des besonders befähigten Industriekapitäns und der schwülstigen Volkspoesie" jemals etwas anders sein zu können als „ein Element der Verschwörung gegen die Würde des einzelnen und der Völker". Es sind das Clemenceaus eigene Worte, wie er sie niedergeschrieben in seinem Buch „Größe und Tragik eines Sieges". Nach ihnen richtete er sich in seinen Taten. Er, der es ablehnte, gegen die Deutschen objektiv zu sein oder sie auch nur kennenzulernen, ging, ein echter Franzose, im Schatten Richelieus zu Werk, verdeckt und vorsichtig.

Um dieser Taktik willen verwarf er die Pläne Fochs und Poincarés einer unverschleierten Annektion der rein deutschen Rheinlande. Der Marschall von Frankreich und der Präsident der Republik wollten das linke Rheinufer, Belgien, Luxemburg und Elsaß-Lothringen mit Frankreich und den Rheinlanden in einer „militärischen Organisation" zusammenfassen, die — wie sich Foch in seiner ersten Note an die Alliierten vom 27. November 1918 ausdrückte — „imstande wäre, im Kriegsfalle gegen Deutschland zu kämpfen". Dieser „Lösung" widersprach Clemenceau aber nicht etwa, weil er sie nicht begrüßt hätte, sondern nur, weil er wußte, daß er damit

*) Friedrich Grimm: „Frankreich am Rhein.", Hanseatische Verlagsanstalt, Hamburg/Berlin 1931.

bei den Alliierten nicht durchdringen konnte. Vor allem beharrte Wilson auf dem Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Eine ärgerliche und bedrohliche Klippe für Clemenceau, die er mit der Behauptung umsegeln zu können glaubte, daß die Rheinländer und Pfälzer von Preußen und Bayern unterdrückte Völkerschaften seien, die nichts mehr wünschten, als von der „Knutenherrschaft" befreit zu werden und Frankreich, dem Lande ihrer Sehnsucht, angehören zu dürfen. Das jedoch war nun wieder eine häßliche Melodie in den Ohren Lloyd Georges, der ebenso zu Recht wie zu spät an das ohnehin gestörte Gleichgewicht der Kräfte Europas dachte. So war die Kluft zwischen den Alliierten plötzlich riesengroß. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker, der seit Cromwells Tagen von England vertretene Grundsatz des kontinentalen Gleichgewichtes und die traditionelle Rheinpolitik Frankreichs, das ergab Gegensätze, die unüberbrückbar schienen.

Clemenceau überbrückte sie. Er baute, kein schlechter Architekt diplomatischer Bastionen, das Reparationsgebäude Wilsons, das lediglich zur Wiederherstellung der zerstörten Kriegsgebiete gedacht war, zu einem Marterturm für Deutschland um. Hier sollte das Reich in Form von Zahlungen eine Last aufgebürdet erhalten, von der es erdrückt werden mußte. Man hüllte sich vorläufig in Schweigen über die Höhe der Summe, weil man Zeit zum Ersinnen von Mitteln und Wegen finden wollte, um die Reparationen bis ins Unerträgliche steigern zu können. Ihre Tilgung sollte dem Reich von vornherein unmöglich gemacht werden, damit Frankreich einen „Rechtsanspruch" erhielt auf deutschen Boden, das Land am Rhein. Man schrieb den 22. April 1919, als Clemenceau ein Kompromiß unter den Alliierten dahin zustande brachte, daß Rhein- und Saargebiet von den Heeren der Entente auf 15 Jahre besetzt bleiben sollten, als Garantie für die Reparationen.

Raymond Poincaré, damals Präsident der Republik, hat dieses Kompromiß dem alten Tiger nie verziehen. Er wollte mehr, viel mehr. Nicht auf Umwegen sollte Deutschland zugunsten Frankreichs ein Torso werden, sondern durch Gewalt, durch brutale Ausnutzung der Ohnmacht und inneren Zerrissenheit des Reiches, durch den Knockout! Er schwamm vollkommen im Fahrwasser der Generale, in dem des Marschall Foch, der die Absicht gehabt hatte, wenn möglich, bis zur Elbe vorzudringen und in großem Zuge, wie Napoleon, Pufferstaaten zu schaffen. Daß es einen Franzosen geben konnte, der sich dieser Politik, sei es unter dem Druck Englands und Amerikas, versagte, das war für Poincaré ein glatter Verrat an Frankreich, seinem Ruhm und seiner Zukunft.

Am 25. April 1919 zitierte er Clemenceau in Gegenwart Fochs vor einen Kabinettsrat und saß zu Gericht über den „Verlierer des Sieges".

Unter diesem Wort, das ihn getroffen wie ein schwerer Hieb, bäumte sich der Tiger auf. Dann zwang er sich zur Ruhe und sagte langsam: „Herr Präsident, Sie sind viel jünger als ich. In fünfzehn Jahren werde ich nicht mehr sein. In fünfzehn Jahren werden die Deutschen nicht alle Bedingungen des Vertrages erfüllt haben. Wenn Sie mir dann die Ehre erweisen wollen, mein Grab zu besuchen, so bin ich überzeugt, Sie werden mir sagen können: ‚Wir stehen am Rhein, und da bleiben wir!'"

Dieser „erschütternde Dialog der Greise", wie Mermeix ihn nennt, macht jede weitere Ausdeutung der Politik Clemenceaus überflüssig. Indes, Poincaré war auch jetzt noch nicht zufrieden. Ein direktes Vorgehen schien ihm sicherer. Der methodische Geist dieses an sich klugen Mannes steckte derart tief in den Gedankengängen des französischen Militärs, daß er sich zum Drahtzieher eines Putsches herabließ.

Er und Foch veranlaßten den General Mangin, der als Befehlshaber der Besatzungstruppen in Mainz saß, mit einem der übelsten Subjekte, die jemals die Luft unseres deutschen Vaterlandes atmen durften, gemeinsame Sache zu machen, mit dem damaligen Staatsanwalt Dr. Dorten. General Mangin berief diesen Verräter und dessen Freunde in sein Hauptquartier und beschloß mit ihnen, eine unter französischem Protektorat stehende „Rheinische Republik" auszurufen. Zur gleichen Zeit befahl in Landau General Gérard dem Regierungspräsidenten v. Winterstein, nichts dagegen zu unternehmen, wenn demnächst von einem Dr. Haaß die „Freie Pfalz" gegründet werde. Tat-

Die Trikolore am Rhein



Farbige Truppen in Frankfurt a. M.



Frankreich besetzt das Ruhrgebiet

Französisches Militär auf Requisitionsfahrt

sächlich fand die Ausrufung der beiden Separatistenstaaten dann auch am 1. Juni 1919 statt. Sie verschwanden jedoch ebenso schnell wie sie gekommen, weil das rheinische und pfälzische Volk sich mit aller Inbrunst gegen diese Niedertracht zur Wehr setzten und daneben von Wilson sowohl wie von Lloyd George energisch Einspruch gegen eine solche Politik erhoben wurde. Sie drohten sogar, die Friedenskonferenz endgültig auffliegen zu lassen, wenn General Mangin nicht zur Rechenschaft gezogen werde. Um sein Werk zu retten, erteilte Clemenceau, den dieser Staatsstreich keineswegs überrascht hatte, dem General einen Verweis. Er tat das aber, kurz nachdem Mangin von Poincaré und Foch empfangen worden war und gewichtig über das gelungene Unternehmen berichtet hatte.

Clemenceau zog sich dadurch vollends den Haß Poincarés zu, einen Haß rein persönlicher Natur, der schließlich zu seinem Sturze führen sollte. In Versailles durfte der alte Tiger noch triumphieren bei der Unterzeichnung jenes Diktates, in dem die Artikel 429—430 die Verlängerung der Rheinbesetzung und die Möglichkeit einer Wiederbesetzung für den Fall vorsahen, daß den Alliierten nach Ablauf der fünfzehnjährigen Frist die Sicherheiten gegen einen unprovozierten Angriff Deutschlands nicht ausreichend erscheinen sollten.

Sicherheit vor einem Angriff Deutschlands! Da stand das Wort, das nicht nur die Friedenskonferenz beherrschte, sondern auch zum Leitgedanken der gesamten französischen Politik wurde. Denn Sicherheit ist beim Franzosen ein blutgebundenes Verlangen, weil er sich dem Deutschen auf allen Ebenen des Lebens immer irgendwie unterlegen fühlt. Ein erstaunliches Symptom gerade für den deutschen Frontsoldaten, der im Weltkriege erlebt, mit welch außerordentlicher Tapferkeit der Franzose gekämpft hat. Und dennoch ist dieses Anzeichen keineswegs unerklärlich, sondern der natürliche Ausdruck einer Rassenmischung, die sich aus den unterschiedlichsten Blutströmen zusammensetzt und den Zwiespalt in der französischen Volksseele hervorruft.

Der Franzose will sein Leben genießen und ist dabei in den unteren und mittleren Volksschichten doch bescheiden; er arbeitet ungern intensiv, ist aber von einer andauernden, spielerischen Geschäftigkeit; er will Ruhe haben, klebt an bestehenden Zuständen und ist trotzdem ein Umstürzler mit radikalen Neigungen, wenn er Revolution macht; auf der einen Seite fügt er sich, auf der anderen will er herrschen; er meidet Gefahren, fürchtet den Krieg und ist, wenn es sein muß, doch tapfer, denn er liebt über alles sein Land, dessen Ruhm, dessen Glanz, die „Gloire". Immer jedoch empfindet er die stille, selbstbewußte Männlichkeit, wie sie dem Deutschen eigen ist, als Bedrohung, als „barbarische" Eigenschaft. Darum: Sicherheit!

Sicherheit und Reparationen — das waren die beiden Eisen, die Clemenceau im Feuer der europäischen Politik warm hielt und mit denen er das Rheinland in die Zange nahm. Denn durch dessen Besetzung allein konnte nach seiner Meinung — mangels anderer Garantien, die er, wie das englisch-amerikanische Bündnis, mit gewissenhafter Niedertracht hintertrieb — die Sicherheit Frankreichs garantiert werden. Irgendeine Scham darüber, daß Frankreich es für nötig hielt, sich zu diesem Zweck ganzer Regimenter von Senegalnegern zu bedienen, empfand Clemenceau nicht; vertrat er doch die Ansicht, daß jeder Neger turmhoch über einem deutschen Professor stehe. Und den engen Zusammenhang der Reparationen mit der Rheinfrage erhellt sein Ausspruch: „Wir bleiben länger als fünfzehn Jahre, wir bleiben hundert Jahre, wenn es sein muß, bis die Boches bezahlt haben, was sie uns schulden. Ist das nicht so gut, als ob wir den Rhein hätten? Was will man noch mehr?"

Poincaré wollte mehr. Vor allem aber wollte er die Anwendung einer wirksameren Methode. Darin bestand der sachliche Gegensatz zwischen ihm und Clemenceau. Beide wandelten sie in den Bahnen Richelieus, und Poincaré sah die auf dem Rhein liegende Tatze des Tigers sehr wohl, nur schienen ihm die Krallen nicht scharf genug. Er stieß sie zurück, selber vom Präsidentenstuhl hinter die Kulissen der politischen Bühne tretend, um in zielbewußter jahrelanger Arbeit die Mittel zu wechseln: an Stelle der Tatze das Schwert!

So war es Poincaré und der von ihm beherrschte „Bloc nationale" mit Maurice Barrès, Paul Tirard und den Generalen, die

den alten Tiger in die Wüste schickten. Sein Werk war Versailles; ein Fluch ruht darauf, der Fluch des deutschen Volkes. Und es war, als fände dieser Fluch seinen Reflex auch bei den Franzosen. Von den einen befehdet, weil er zu wenig erreicht, ja sogar als „Verlierer des Sieges" bezeichnet und von den anderen gemieden, weil er zu viel getan und als Kriegshetzer verschrien, erlitt Clemenceau in Versailles, der Stätte seines höchsten Triumphes, die größte Niederlage seines Lebens. Eine Woche nach Inkrafttreten seines „Friedens"-Werkes, am 17. Januar 1920, versagte sich ihm, der an die Spitze seiner Nation treten wollte, das eigene Volk: Clemenceau wurde zum Präsidenten der Republik nicht gewählt. Grau und verwittert, geächtet und verfemt, zog er aus dem Schloß der französischen Könige in die Verbannung, ein Menschenfeind, unbeachtet und vergessen bis an sein Ende.

Ihm folgte Millerand. Weniger bedeutend als der impulsive, unberechenbare Greis. Aber im Banne Poincarés. Millerand war die Seele der Konferenz von Spa, brutal eine Erpressung nach der anderen an den Deutschen vornehmend. Die bekannten Forderungen drückte er mit einer Drohung durch: Besetzung der Ruhr. Zum ersten Male war jetzt dieses Wort ausgesprochen worden und schwebte wie ein Damoklesschwert über den Häuptern der deutschen Konferenzteilnehmer. Und daß Millerand Ernst zu machen gewillt war, hatte der Einmarsch der Franzosen in Frankfurt und Darmstadt am 6. April 1920 bewiesen, der eine Vergeltungsmaßnahme (Sanktion!) für das weitere Belassen deutscher Truppen — sie kämpften gerade unter General v. Watter gegen die rote Flut — in der neutralen Zone des Ruhrgebietes hingestellt worden war.

Neutrale Zone im Ruhrgebiet! Festgelegt durch den Versailler Vertrag! Wie schlau der Tiger gewesen.... Frei und griffbereit sollte das wirtschaftliche Herz des Reiches vor den Heeren Frankreichs liegen; keine deutsche Truppe, auch nicht um gegen den Bolschewismus zu kämpfen, durfte sich dort aufhalten, mochte sie noch so schwach sein. Keine! Denn sie wäre eine Gefahr für die riesigen Heermassen der „Grande armée" gewesen.

Mit ihnen drohte Millerand. Die Deutschen beugten sich in Spa und unterschrieben. Es war im Juli 1920. Im September wurde er an Stelle des erkrankten Deschanel Präsident der Republik. Sein Nachfolger war Leygues, der im Dezember von seinem eigenen Kriegsminister Lefèvre gestürzt wurde, weil er sich in der Entwaffnungsfrage Deutschland gegenüber zu nachgiebig gezeigt hatte. Der neue Ministerpräsident aber war nicht unbekannt: Aristide Briand.

Man hat sich vielfach in Deutschland von Briand ein Bild gemacht, das nicht frei von Sehfehlern ist. Briand, der liebenswürdige, umgängliche Diplomat; Briand, der Deutschland nicht einmal übelgesinnt war, der lächelnd mit Herrn Stresemann in Genf konferierte und in Thoiry frühstückte, ein Mann von Einsicht mit kosmopolitischem Weltgefühl und pazifistischem Einschlag — dieses Bild ist falsch! Aristide Briand, ein typischer Südfranzose, mit wallender Künstlermähne über einem breiten Gesicht, brachte in die Politik die ganze Wendigkeit, aber auch Zerfahrenheit seiner fast undefinierbaren Rassemischung mit. Gewiß, er hatte die leichte Ader des Bohemiens, war zuweilen konziliant, zuvorkommend, ja einschmeichelnd, aber ebenso konnte er herrisch, ablehnend und grob sein. Er schillerte in allen Farben; klagte heute voller Pathos an, was er morgen entschuldigte mit gewinnender Miene; er liebte Deutschland nicht, aber er vergötterte Frankreich und wollte im Grunde dasselbe wie Clemenceau und Poincaré. Was für diese die Armee, das war für ihn der Völkerbund. Er unterschied sich von ihnen nur in der Wahl der Mittel. Richelieus Geist stand auch hinter ihm.

Schon im Kriege hatte er die Ministerpräsidentschaft innegehabt, ein Revanchepolitiker, der den unversöhnlichsten Deutschenhassern nichts nachgegeben. Bezeichnend für ihn ist ein Geheimschreiben, das er am 17. Januar 1917 an alle Botschafter Frankreichs richtete und darin über die französischen Kriegsziele*) folgendes sagte: „Die Frage des linken Rheinufers muß unbedingt besprochen werden." (Mit den Alliierten. D. Verf.) „Gute Geister in Frankreich,

*) Aus Tardieu: „La Paix"

welche den ältesten Überlieferungen nationaler Politik getreu sind, bestehen auf diesem verlorengegangenen Erbe der Französischen Revolution, das notwendig ist, um unser ‚Vorfeld', wie Richelieu es nannte, zu schaffen."

Jetzt benutzte er die Reparationskommission für sich, jenes Instrument in Frankreichs Händen, das aus den Vertretern der Alliierten bestand und nichts als eine Rechenmaschine war, die automatisch nach dem Wunsche Frankreichs anzeigte, was Deutschland zahlen sollte. Briand, fortan der Nerv eines Rattenkönigs von Konferenzen, handhabte sie meisterhaft.

Am 24. Januar 1921 bediente er sich noch des Finanzministers Doumer, der in Paris von Deutschland 226 Milliarden verlangte. Aber nachdem im März auf der Konferenz in London von den Deutschen die Zahlung dieser wahnsinnigen Summe abgelehnt worden war und Frankreich deshalb als Sanktion die Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort besetzt hatte, verwies Briand auf den Zeiger der Rechenmaschine: unerbittlich stand er auf der Zahl 200. Frankreich hatte also den Wert der Ruhrstädte auf 26 Milliarden veranschlagt.

Gewehr bei Fuß stand die französische Armee und sah begehrlich in das Ruhrtal hinab. Das Ziel war nahe, doch jetzt legte sich England ins Mittel. Man durfte den ländergierigen Verbündeten nicht zu groß werden lassen. Auf Drängen der übrigen Kabinettsmitglieder, namentlich Winston Churchills und Lord Curzons, verlangte Lloyd George eine Herabsetzung der Reparationssumme. Briand wich vor dem entschlossenen Auftreten der Engländer zurück und erlitt eine Schlappe, die Poincaré ihm nicht vergessen hat. Seinen Sturz verhinderte lediglich das Schmerzenspflaster Lloyd Georges in Form des Versprechens, daß England sich am Ruhreinmarsch beteiligen würde, falls die im Wege eines Ultimatums geforderte Reparationssumme von Deutschland wiederum abgelehnt werden sollte.

Der Milliardenzeiger an der Rechenmaschine sank zwar auf die Zahl 132 herab, stand aber jetzt endgültig fest. In Berlin war es die Regierung des Zentrumskanzlers Wirth, welche diese frivole Forderung vorbehaltlos annahm, obwohl die bisher durchgeführten Sanktionen an der Ruhr nicht rückgängig gemacht wurden. Man fragt sich erstaunt, ob dieser Mann tatsächlich geglaubt hat, durch irgendeines der ihm zur Verfügung stehenden Mittel die Ruhrbesetzung verhindern zu können. Kannte er die Politik Frankreichs nicht oder wollte er sie nicht kennen? Man bekommt einen üblen Geschmack im Munde, wenn man in diesem Zusammenhang an die Äußerung Briands in der Kammer denkt: „Die Sanktionen sind das wirksamste Mittel, um die Regierung Wirth zu stützen, an der Frankreich ein großes Interesse hat!"

Ein fürchterlicher Schimpf. Ob das Mitglied des Zentrums, der Kanzler Wirth, in diesem Moment an das wenige Monate zuvor in München gesprochene Wort Adolf Hitlers gedacht haben mag, an das Wort von der Achtung, die man dem verweigert, der die Peitsche küßt? Vielleicht tat Herr Wirth, der mit seinem Verhalten die Ehre des deutschen Volkes besudelt hat, sogar noch Schlimmeres. Denn nach wie vor prangte über seiner Politik das Motto: Erfüllung!

Kein Wunder, daß man seitens der Alliierten die Regierenden vom Schlage Wirths mit völliger Mißachtung und keineswegs gleichberechtigt behandelte. Die Folgen aber spürten nicht sie, sondern das unglückliche deutsche Volk. Um es zu demütigen, war den Alliierten kein Mittel schlecht genug. Das Volk mußte sich gefallen lassen, daß Männer, die sich im Kriege hervorgetan, auf Befehl der Entente vor dem Reichsgericht in Leipzig wie Verbrecher abgeurteilt wurden.

Warum? Ein Major, weil er befohlen hatte, daß auf Feinde, die sich tot oder verwundet stellten, um von hinten auf deutsche Soldaten zu schießen, keine Rücksicht zu nehmen sei. Für die Erfüllung dieser absolut selbstverständlichen Pflicht im Kriege, erhielt der Offizier zwei Jahre Gefängnis. Brennend steigt jedem Deutschen die Schamröte ins Gesicht, wenn er dieser tiefsten Erniedrigung, unterstützt von der eigenen Regierung, der eigenen Justiz, gedenkt. Generale, Offiziere, U-Boot-Kommandanten und Mannschaften wurden auf diese Weise diffamiert.

Herrn Briand aber genügte das alles noch nicht. „Eine höhnische Komödie" nannte er diese nach seiner Meinung im „Strafmaß zu niedrigen" Prozesse; er konnte sich das einer Regierung gegenüber leisten, deren Justizminister sich damit brüstete, daß sie das Verfahren auch auf Männer ausgedehnt habe, die in den alliierten Listen nicht verzeichnet seien.

Solcher Taten war diese Regierung fähig, die es andererseits unterließ, der Entente den Tagesbefehl des französischen Generals Martin de Bouillon vom 25. September 1915 an der Lorettohöhe vorzuhalten: „Auf zum Rhein! Dort werdet ihr schon Mädchen finden und guten Wein. Gefangene werden nicht gemacht, nur so viele, damit ich sie ausfragen kann!"

Die seelische und nationale Not des deutschen Volkes fand ihr Seitenstück in der materiellen. Um sie zu heben, hatte man, schon seit geraumer Zeit an den wirklichen Ursachen mit fataler Sicherheit vorbeigehend, die Notenpresse in Bewegung gesetzt und damit eine Entwertung der deutschen Mark herbeigeführt. 1921 war die Inflation schon zu einer gewissen Blüte gelangt.

Obwohl die Entwertung der Mark durch Machenschaften an der Fondsbörse schon früher begonnen hatte, war der eigentliche Vater der Inflation doch ein jüdischer Arzt, Dr. Hilferding, aus Galizien eingewandert und von der Sozialdemokratie ausgerechnet zum Reichsminister der Finanzen gemacht. Es traf ein, was selbst das mit den Juden verbündete Zentrum weder gewollt noch vorausgesehen hatte: Die Not wurde größer, die Lebensmittel teurer; auf den Banken zerflossen allmählich die Sparguthaben zu nichts und der größte Teil des Volkes wurde an den Bettelstab gebracht.

Vielleicht wäre ein frühzeitiges Abbremsen der Inflation noch möglich gewesen, wenn Frankreich in ihr nicht die große Chance seiner Politik erblickt hätte. Jede Maßnahme, die zu einer Verminderung der deutschen Zahlungsfähigkeit und Vermögenskraft führte, war ein Schritt weiter zur Verewigung der Rheinbesetzung, ein Schritt weiter zum Ruhrgebiet. Wenn Deutschland nicht zahlen konnte, dann genügte die Feststellung der Reparationskommission, daß sich das Reich einer Verfehlung gegen den Versailler Vertrag schuldig gemacht habe, und der erforderliche Vorwand war gegeben. Die entsprechenden Feststellungen der Reparationskommission häuften sich im Verein mit immer heftigeren Angriffen auf die Mark an der Börse in Paris.

Diese Tatsache hatte Briand auf dem Ministersessel bisher gehalten. Allein seine jetzige Amtsperiode sollte nicht mehr von langer Dauer sein. Poincaré, zu der Zeit Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses in der Kammer, verfolgte jede seiner Handlungen mit Argusaugen. Und es waren nicht gerade die besten Wünsche, mit denen er Briand nach Cannes fahren ließ.

Dort, an der Riviera, fand unter strahlendem Winterhimmel am 6. Januar 1922 eine Besprechung des Obersten Rates der Alliierten statt. Lloyd George hatte es sich in den Kopf gesetzt, einen Ausgleich zwischen dem politischen Imperialismus Frankreichs und Wirtschaftsimperialismus Englands herbeizuführen. Er ging davon aus, daß die Weltwirtschaft krank und eine Katastrophe nur zu vermeiden sei, wenn in einer Konferenz, die in Genua stattfinden sollte, eine Regelung aller Wirtschaftsfragen vorgenommen werde. Unter Hinzuziehung Deutschlands und Rußlands. Amerika hatte sich dieser Konferenz von vornherein versagt. Aber die Russen wollten nach Genua kommen, und es bestand Aussicht, daß man die Frage der russischen Vorkriegsschulden an Frankreich aufrollen konnte. Eine Gesundung der Wirtschaft aber war ohne Deutschland unmöglich, das gerade ein Stundungsgesuch für die nächste Zahlung an die Alliierten eingereicht hatte. Notwendigerweise werde man also auch über die Tribute sprechen müssen.

Dagegen jedoch wehrte sich in Cannes Briand zunächst mit aller Kraft, erklärte sich aber schließlich doch bereit, den deutschen Unterhändler, Rathenau, wenigstens anzuhören. Er tat das, weil Lloyd George zur Befriedigung des französischen Sicherheitsbedürfnisses den Abschluß eines Vertrages vorschlug, in welchem die Ostgrenze Frankreichs von England garantiert werden sollte.

Das war zuviel für Poincaré. Er wollte keine Garantie der Engländer, kein Gespräch über Reparationen — er wollte den Rhein, die Ruhr!

Er mobilisierte die Kammer, die über die Politik Briands in helle Empörung geriet. Der Ministerpräsident wurde von der Konferenz zurückgerufen und einen Tag später gestürzt. Raymond Poincaré nahm das Steuer Frankreichs in die Hand.

Poincarés Schatten stand hinter der Konferenz von Genua. Am 10. April 1922 hatte sie mit einer Beteiligung von dreiunddreißig Staaten begonnen. Doch man kam nicht vom Fleck, weil der französische Finanzminister Barthou bei dem Versuch, die Tributfrage zu berühren, sofort die Verbotstafel Poincarés emporhob. Barthou hatte einen anderen Plan. Er zeigte sich bereit, die russischen Vorkriegsschulden zu streichen, wenn die Russen von Deutschland Reparationen verlangen und diese an Frankreich abtreten würden.

Als dem Chef der russischen Abteilung im Berliner Auswärtiger Amt, Freiherrn von Maltzahn, berichtet wurde, daß eine solche russisch-französische Vereinbarung kurz vor dem Abschluß sei, bestimmte er den Außenminister Rathenau dazu, sich mit den Russen in Rapollo zu treffen. Hier kam am 16. April ein bereits entworfenes Abkommen zustande, nach welchem zwischen beiden Staaten der Frieden auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Verzichtes auf alle Forderungen hergestellt wurde. Es war dies die Liquidierung des durch Versailles aufgehobenen deutsch-russischen Friedensvertrages von Brest-Litowsk. Der Fehler in dem neuen Abkommen lag darin, daß Rathenau es mit oder ohne Absicht verabsäumt hatte, den Einbau von Schutzklauseln gegen die hemmungslose kommunistische Propaganda in Deutschland vorzunehmen.

Mit dem Rapallo-Vertrag war die Konferenz von Genua vor allem für die Franzosen erledigt. Entrüstet fuhr Barthou ab, in Paris lächelnd empfangen von Poincaré, der sich die Hände rieb und sofort die Schlinge fester zog, die seit Versailles um den Hals der Deutschen lag. Von jetzt ab fuhr er Sonntag für Sonntag zur Einweihung von Kriegerdenkmälern, um sich heuchlerisch im Gedächtnis an die Toten des Weltkrieges über Deutschland zu beklagen. In Bar le Duc gab er zum erstenmal zu erkennen, daß er bereit sei, auch ohne die Verbündeten an die Ruhr zu gehen: „Wir werden die Rechte Frankreichs auch in voller Unabhängigkeit zu verteidigen wissen", rief Poincaré aus. „Wir werden nicht eine einzige Waffe vernachlässigen, die uns der Versailler Vertrag bietet! Wir werden nicht dulden, daß unser unglückliches Land unter der Last des Wiederaufbaues zusammenbricht, während sein Nachbar sich weigert, die nötigen Anstrengungen zur Bezahlung seiner Schulden zu unternehmen!"

Indessen erfüllte die deutsche Regierung weiter, bis die Kassen leer und das Volk restlos ausgepowert war. Da häuften sich die Stundungsgesuche. Poincaré aber blieb hart. Als im August 1922 der Oberste Rat der Alliierten, besonders Lloyd George, Deutschland ein Moratorium gewähren wollte, erklärte Poincaré stur: „Es gibt kein Moratorium!" Dafür legte er Lloyd George ein „produktives Pfänderprogramm" vor, das einer Beschlagnahme des gesamten deutschen Staatsbesitzes im Reich gleichkam und in der Ruhrbesetzung gipfelte.

Lloyd George lehnte entschieden ab. Seit zwei Jahren kämpfte dieser Mann einen tragischen Kampf gegen sein eigenes Werk, gegen Versailles, um nun einsehen zu müssen, daß die von ihm mitverschuldete Katastrophe doch nicht verhindert werden konnte und der Geist Clemenceaus, die Grundsätze Richelieus stärker waren. Da wandte sich England zum ersten Male seit Kriegsbeginn ostentativ von Frankreich ab.

Deutschland bat und flehte. Selbst die Reparationskommission stellte fest, daß das Reich zahlungsunfähig war. Es nützte nichts. Zwar war Poincaré nun völlig isoliert; aber seinen Weg ging er dennoch weiter.

Jetzt erst erkannte die Regierung des Zentrumsmannes Wirth den völligen Zusammenbruch ihrer Politik. Sie räumte das Feld, gemeinsam mit den Sozialdemokraten, die sich vor der Verantwortung scheuten für das, was kam; für das, was sie dem deutschen Volk mit Eifer eingebrockt hatten. An die Stelle des Reichskanzlers Wirth trat der Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie, Geheimrat Dr. Cuno. Aber auch er vermochte den Gang des Schicksals nicht mehr aufzuhalten. Denn hartnäckig blieb an der Seine Poincaré.

Am 26. Dezember 1922 ließ er die Reparationskommission feststellen, daß Deutschland im Laufe des vergangenen Jahres zu wenig Holz und Telegraphenstangen geliefert habe. Es handele sich demnach um eine Verfehlung im Sinne des Anhang II, Paragraph 17 des Versailler Vertrages. Entsetzt rief der englische Vertreter in der Reparationskommission aus: „Das ist eine lumpige Anklage, sie ist nur als Vorbereitung für etwas anderes vor die Kommission gebracht worden! Niemals seit dem trojanischen Krieg hat das Holz im Schicksal der Völker eine so furchtbare Rolle gespielt!"

Holz? Poincaré zuckte die Achseln, als er diese Äußerung vernahm. Sein verschlossenes Greisengesicht war blaß und ruhig. Er glühte und sprühte nicht wie Clemenceau. Er sagte nicht brüsk wie der Tiger: „Ich führe Krieg!" — sondern in dem Gesicht des einstigen Advokaten aus Lothringen hätte man die unausgesprochenen Worte lesen können: Ich führe Prozeß! Und mit der kalten Miene eines siegesbewußten Anwalts kurz vor der Urteilsverkündung ordnete er die Akten und bereitete sie vor, um das Urteil durch seinen Gerichtsvollzieher vollstrecken zu lassen.

Wer sollte ihn hindern? England? Es war in seinen Entschließungen durch den Vormarsch der Jungtürken in Kleinasien derart gehemmt, daß es Poincaré in Europa freie Bahn geben mußte. Auf dessen Veranlassung konnte daher das Urteil gefällt werden: Am 5. Januar 1923 beschloß der französische Ministerrat einstimmig die Besetzung des Ruhrgebietes.

Der „Grande armée" aber wurde die Rolle des Gerichtsvollziehers zuteil. Vier Jahre schon stand sie am Rhein, vier Jahre ächzte die rheinische Bevölkerung unter dem Griff einer eisernen Faust im Nacken. Vier Jahre hindurch erlitten deutsche Stämme die Schmach, von Negern drangsaliert zu werden.

Aber das war nur die eine Seite der französischen Besetzung, die andere zeigte weichere Züge. Sie wurde verkörpert in dem Präsidenten der Rheinlandkommission, Paul Tirard, dem Freunde Poincarés. In Koblenz, am Deutschen Eck, residierte er, gegenüber dem Ehrenbreitstein, auf dem sich die Trikolore im Winde blähte.

Tirard hatte es sich zur Aufgabe gemacht, die rheinische Bevölkerung neben Drohungen auch mit Lockungen gefügig zu machen. Unermüdlich war er in den Lobeshymnen auf die Zivilisation seines Landes, unermüdlich pries er die Vorteile, die das Volk am Rhein haben würde, wenn es vollends zu Frankreich gehöre. Nichts war ihm zu viel. In seinem luxuriös ausgestatteten Palast spielte er den freundlichen Gastgeber und ließ den Sekt in Strömen fließen bei den Empfängen zur Feier „des Sieges am Rhein".

Im Verein mit der französischen Armee stellte er so recht den Januskopf Frankreichs dar, das in dieser Seite seines Wesens als die große Dame der Geschichte an den Rhein gekommen war, zurechtgemacht mit allen Mitteln echt Pariser Kunst, um zu gewinnen, was rohe Soldatenfäuste zu beugen nicht vermocht.

Aber Tirard merkte wohl bald, daß auch auf solche Art bei den Deutschen nichts zu erreichen war. Als sich der große schwere Mann vor dem Bilde „Rheinübergang zur Zeit Ludwig XIV." mit General Allen in Feldherrnstellung photographieren ließ, da war es auch für ihn bereits beschlossene Sache, das Ruhrgebiet mit Gewalt zum französischen Glacis zwecks Festigung der Stellung am Rhein zu machen.

Die Vorbereitungen waren sämtlichst getroffen. Poincaré stellte der deutschen Regierung das Urteil zu: Frankreich werde eine Abordnung von Ingenieuren und Beamten in das Ruhrgebiet entsenden, deren Aufgabe in der Sorge für die Erfüllung der deutschen Verpflichtungen bestehe. Zum persönlichen Schutz und zur Sicherung ihrer Arbeit seien der Abordnung auch militärische Abteilungen beigegeben.

Abordnung und militärische Begleitung? Die Rheinbrücken erdröhnten unter ihrem Schritt, unter dem Rattern der Tanks, unter dem Trommeln der Pferdehufe und dem Poltern der Geschütze. Die Marseillaise klang auf: Vierzigtausend Franzosen marschierten am 10. Januar 1923, überschritten den Rhein auf dem Weg zur Ruhr.

Fragekasten

E. S., Solingen.

Politische Leiter, die nach dem 30. Januar 1933 Mitglied der Partei wurden, können dann PO-Uniform tragen, wenn ihnen dies von ihrem zuständigen Hoheitsträger genehmigt wird. Sie müssen sich vor Anlegen einer Uniform jedoch im Besitz eines amtlichen Ausweises des zuständigen Personalamtes der PO mit Eintragung des genehmigten Dienstranges befinden.

Grundsätzlich haben Politische Leiter, die nach der Machtübernahme Mitglied der Partei wurden, eine in der Dauer durch den zuständigen Hoheitsträger festzusetzende Zeit (etwa ¼ bis ½ Jahr) ohne Dienstrang ihrem Dienst nachzukommen. Sodann erhalten sie den niedrigsten PO-Dienstgrad und werden je nach Bewährung vom zuständigen Hoheitsträger ¼- bis ½jährlich befördert, bis sie den für sie zuständigen Dienstgrad erreicht haben.

Wenn die Betreffenden Dienst in der Kreis- oder Gauleitung versehen, ist bei der Beförderungslaufbahn der Dienstgrad eines Amtsleiters und Hoheitsträgers zu überspringen.

In einer beim zuständigen Personalamt geführten Beförderungsliste sind die entsprechenden Eintragungen vorzunehmen bzw. dem Personalamt auf Grund dieser Liste von Zeit zu Zeit Vorschläge zu machen.

O. W., Freiwaldau.

Auf Grund der Anordnung des Stabsleiters der PO Nr. 12/34 vom 13. April 1934 ist das Tragen der alten PO-Uniform (dunkelbrauner Stoff) mit und ohne neue Abzeichen gestattet. Das Tragen der alten Uniform ohne Abzeichen ist nur dann zulässig, wenn die neuen Abzeichen noch nicht beschafft werden konnten. Ein Verbot, neue PO-Abzeichen auf der bisherigen PO-Uniform zu tragen, ist unzulässig.

Selbstverständlich hebt die Anordnung einer übergeordneten Dienststelle die Bestimmung einer nachgeordneten auf.

W. K., Koblenz.

Die Verleihung des Dienstranges eines Politischen Leiters erfolgt bei Parteigenossen, die in der NSV tätig sind, nach den Bestimmungen des Personalamtes unter besonderer Berücksichtigung des Rundschreibens des Reichsorganisationsleiters Nr. 38/34 vom 30. Juli 1934. Der Dienstrang kommt jedoch nur dann in Frage, wenn der Betreffende Parteigenosse ist und in den Stab des Amtes für Volkswohlfahrt eingebaut wird. Die Mitarbeiter der NSV als betreuter Organisation haben keinen Dienstrang der Partei.

H. W., Berka.

Ortsleiter der NSV haben keinen Dienstrang der Partei. Der Amtsleiter der Ortsgruppe des Amtes für Volkswohlfahrt erhält seinen Dienstrang nach den Bestimmungen des Personalamtes durch Verleihung seitens des Ortsgruppenleiters. Mitarbeiter der DAF haben keinen Dienstrang der Partei, da die DAF betreute Organisation der Partei ist. Dienstrang wird nur dann verliehen, wenn der Betreffende Parteigenosse ist und als solcher in den Stab der NSBO bzw. NS-Hago eingebaut wurde. Die Verleihung erfolgt nach den Bestimmungen des Personalamtes durch den zuständigen Hoheitsträger. Nicht-Parteigenossen in der DAF können Uniform erhalten nach Absatz II bzw. III der Anordnung Nr. 33/34 des Reichsorganisationsleiters vom 17. Oktober 1934.

W. St., Potsdam.

Ein Politischer Leiter, der sein Amt aufgegeben hat, darf selbstverständlich nicht mehr die Uniform tragen. Zum Zivilanzug dagegen kann das Braunhemd ohne Armbinde getragen werden.

K., Dessau.

Für einen Parteigenossen, der in früheren Jahren aus der Bewegung ausgetreten und ihr dann in späterer Zeit wieder beigetreten ist, besteht keine Möglichkeit, die frühere Mitgliedsnummer wieder zu erhalten.

C. B., Hannover.

Nach der Verfügung des Obersten Parteigerichtes vom 8. Januar 1934 können Logenbrüder unter keinen Umständen Mitglieder der Partei sein. Eine Ausnahme ist lediglich für den Fall vorgesehen, daß der betreffende Parteigenosse bereits vor dem 30. Januar 1933 jegliche Bindungen mit der Loge gelöst hat. Auch in diesem Fall darf der frühere Freimaurer niemals ein Parteiamt bekleiden.

NSDAP, Hagen.

Einem Volksgenossen ist die Zugehörigkeit zur NSDAP nicht erlaubt, wenn dieser mit einer Person nichtarischer Abstammung verheiratet ist. Diese Bestimmung bezieht sich auch auf alle Nebenorganisationen der NSDAP.

H. J., Rosbach.

Ortsgruppenleiter des Amtes für Beamte kann selbstverständlich nur jemand werden, der Beamter ist.

P. Z., Landsberg a. d. Warthe.

Ein Pg., der Mitglied des NSLB ist, muß an diesen die vollen Beiträge entrichten, da es sich bei dem NSLB nicht um eine Gliederung der Partei, sondern lediglich um einen Verband handelt, der von der Partei geführt wird.

NSV, Koblenz.

Aus der Anfrage ist nicht ersichtlich, um welche Richtlinien des Treuhänders, Gau Koblenz-Trier-Birkenfeld, es sich handelt. Da die NSV eine von der NSDAP betreute Organisation ist, dürften die Richtlinien des Treuhänders nicht in Betracht kommen. Für die Regelung der Gehälter ist der Gaukassenführer der NSV zuständig.

F. St., Lengenfeld.

Es wird Ihnen anheimgestellt, betreffend Einstellung als Ausbilder im Geländesport sich bei der Personalabteilung des Chefs des Ausbildungswesens, Berlin W 35, Friedrich-Wilhelm-Straße 5, unter Beifügung eines Lebenslaufes und Führerfragebogens zu bewerben.

Das deutsche Buch

Gustaf Kossinna:

Die deutsche Vorgeschichte eine hervorragend nationale Wissenschaft

Mannus-Bibliothek, Band 9. Verlag Curt Kabitzsch, Leipzig. 6. Auflage, 1934. Geb. 9,50 RM.

„Wer unsere früheste und eigenste Art rein und unverfälscht auf sich wirken lassen will, der muß bei der Vorgeschichte anfragen. Und dadurch besitzt diese junge Wissenschaft einen so hervorragenden Gegenwartswert, ihre hohe nationale Bedeutung." Diese Worte schrieb der Altmeister der deutschen Vorgeschichtsforschung am 1. August 1914 in der Vorrede zur zweiten Auflage des vorliegenden Werkes. Durch Erweiterung eines 1911 gehaltenen, mit stürmischer Begeisterung aufgenommenen Vortrags entstanden, bildet dieses Buch das erste Hauptwerk im Kampf gegen die Lüge von der Unkultur unserer germanischen Vorfahren, die Grundlage für die nach dem nationalsozialistischen Umbruch endlich allgemein bei uns durchgesetzte Neuwertung unserer nordisch-germanischen Frühzeit. Jahrzehntelang durch die damals herrschende Richtung der Geschichts- und Altertumswissenschaft bekämpft, hat heute Gustaf Kossinnas weltanschaulich-wissenschaftliches Streben im neuen Staate, den er leider nicht mehr erleben durfte, seine schönste Erfüllung gefunden. Die in diesem Buch gegebene klare Ausdeutung der Bodenfunde, die Schilderung der germanischen Ausbreitung, die glänzende Darstellung, insbesondere der Bronze- und Eisenzeit, behalten ihren unvergänglichen Wert, mag auch, namentlich durch die Arbeiten der von seinem Geist erfüllten Schüler, in Einzelfragen inzwischen die Forschung zu neuen Ergebnissen gelangt sein. Um die Kenntnis von der altgermanischen Hochkultur zum Allgemeingut des deutschen Volkes werden zu lassen, ist seine weiteste Verbreitung erwünscht.

Der neue Kalender des deutschen Volkes

Verlag Deutsche Arbeitsfront, 1935. Preis 0,75 RM.

„Dem schaffenden Volke" ist dieses schöne und umfangreiche Handbuch gewidmet, das im Auftrag der Deutschen Arbeitsfront unter Mitwirkung der Reichsstelle zur Förderung des deutschen Schrifttums mit dem Titel „Jahrbuch der deutschen Arbeit 1935" soeben erschienen ist. Dr. Robert Ley schrieb das Vorwort für die Deutsche Arbeitsfront, Hans Hagemeyer für die Reichsstelle.

Außer einem sinnvollen Kalendarium, zahlreichen Geschichtsdaten und den Gefallenen-Daten der Bewegung geben 35 Aufsätze führender Männer einen sehr lesenswerten und überraschend vielseitigen Überblick über die Lebensfragen, die das schaffende Volk bewegen.

Die Grundlagen des deutschen Nationalstaates Adolf Hitlers entwickelt Reichsminister Dr. Frick. Über den deutschen Arbeiter im Kampf um die Weltanschauung spricht Reichsleiter Alfred Rosenberg, und zu der wichtigen Rassenfrage ergreift Dr. Groß das Wort. Ausgezeichnete Betrachtungen und Bilder aus dem Leben des deutschen Arbeiters bieten Beiträge von Schwarz van Berck, Euringer, Heinrich Lersch, Alfred Karrasch, Job Zimmermann und andere namhafte Autoren. Besonders eingehend werden ferner die sozialpolitischen Fragen behandelt, vom neuen Arbeitsrecht bis zum Arbeitsdienst und zum Sinn des Arbeitsplatzaustausches. Ergänzende Aufsätze über Arbeitertum und Soldatentum, über den Sinn der Technik, über das Schrifttum, über Leibesübungen, Siedlungs- und Bildungsfragen runden das Bild ab. Zu den interessantesten und sicher meist gelesensten Beiträgen gehören die Geschichtsaufsätze, die mit Unterstützung eines sehr reichhaltigen Bildermaterials von der Urzeit des Germanentums bis in die lebende Gegenwart des Reichs Adolf Hitlers führen. Auch Brauchtum und Lebensgestaltung des deutschen Volkes werden gebührend gewürdigt. Drei wertvolle Beiträge über Kunst in der Deutschen Arbeitsfront, über Film und über Reisen mit „Kraft durch Freude" lassen auch Kultur und Frohsinn zu Recht kommen, so daß der „Kalender der Deutschen Arbeit 1935" wirklich jedem schaffenden Deutschen einen abgerundeten Überblick über die Fülle des deutschen Daseins und einen wertvollen Lebensstoff von dauerndem Wert bietet.

Der Kalender wird infolge seiner Vielseitigkeit, seiner Billigkeit, der volkstümlichen Haltung und gediegenen Ausstattung sehr schnell das werden, wozu er bestimmt ist: Der Freund des schaffenden Volkes!

F. O. H. Schulz:

Jude und Arbeiter, ein Abschnitt aus der Tragödie des deutschen Volkes

Nibelungen-Verlag, Leipzig/Berlin, 1934. Pr. 4,80 RM.

Das Buch ist von einem Sachverständigen und mit Hilfe beachtlicher Quellentexte geschrieben und bietet viel Neues. Es gehört in die Hände aller früheren Marxisten und aller derer, die sich mit dem Judenproblem ernsthaft auseinandersetzen wollen. Das Buch ist für die Aufnahme in öffentliche Büchereien geeignet und wird empfohlen.

Friedrich Griese:

Winter (Neuauflage)

Verlag Carl Schünemann, Bremen, 1933. Pr. 3,80 RM.

Seit die antideutschen oder den Deutschen wesensfremden Bücher ausgeschieden oder verbrannt worden sind, ist in Deutschland endlich auch Raum für die Bücher der deutschen Dichter. So ist neben Jüngers „In Stahlgewittern", neben Bluncks Trilogie „Werdendes Volk", neben Beumelburgs Büchern auch Friedrich Grieses „Winter" noch einmal erschienen. Der alte Verlag, der das Buch 1927 herausbrachte, existiert nicht mehr. Jetzt bringt der Verlag Carl Schünemann, Bremen, diesen Roman, der aber viel mehr ist als ein Roman, in einem künstlerischen Umschlag und Einband heraus.

Dieses Buch ist ein Mythus. Nur im „Ewigen Acker" hat Griese ihn ebenso großartig zu gestalten gewußt. „Das letzte Gesicht" erreicht nicht ganz die mythische Dichte und Schwere dieser beiden Werke. Hier, im „Winter", ist das Jenseits wirklich ins Diesseits eingebrochen. Hier tragen die Menschen an einem Schicksal, das nur die Überirdischen zu tragen vermögen. Hier wurde in einem deutschen Dichter das Geheimnis des ewigen Ackers schon Gestalt, als zahllose Deutsche noch der geheimnislosen artfremden Problematik der Literaten erlagen. Hier ist schon damals ein großes einsames Beispiel für die kommende deutsche Dichtung aufgerichtet worden. Ein Buch, das wir darum nur empfehlen können.

Auflage der Januarfolge: 1020000

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Schriftleitung. Verlag: Reichsschulungsamt der NSDAP in der DAF. Hauptschriftleiter und verantwortlich: Kurt Jeserich, Berlin W 9, Leipziger Platz 14, Fernruf A 2 Flora 0019. Druck: Buchdruckwerkstätte GmbH., Berlin.

skid 34

In dieser Sammelmappe

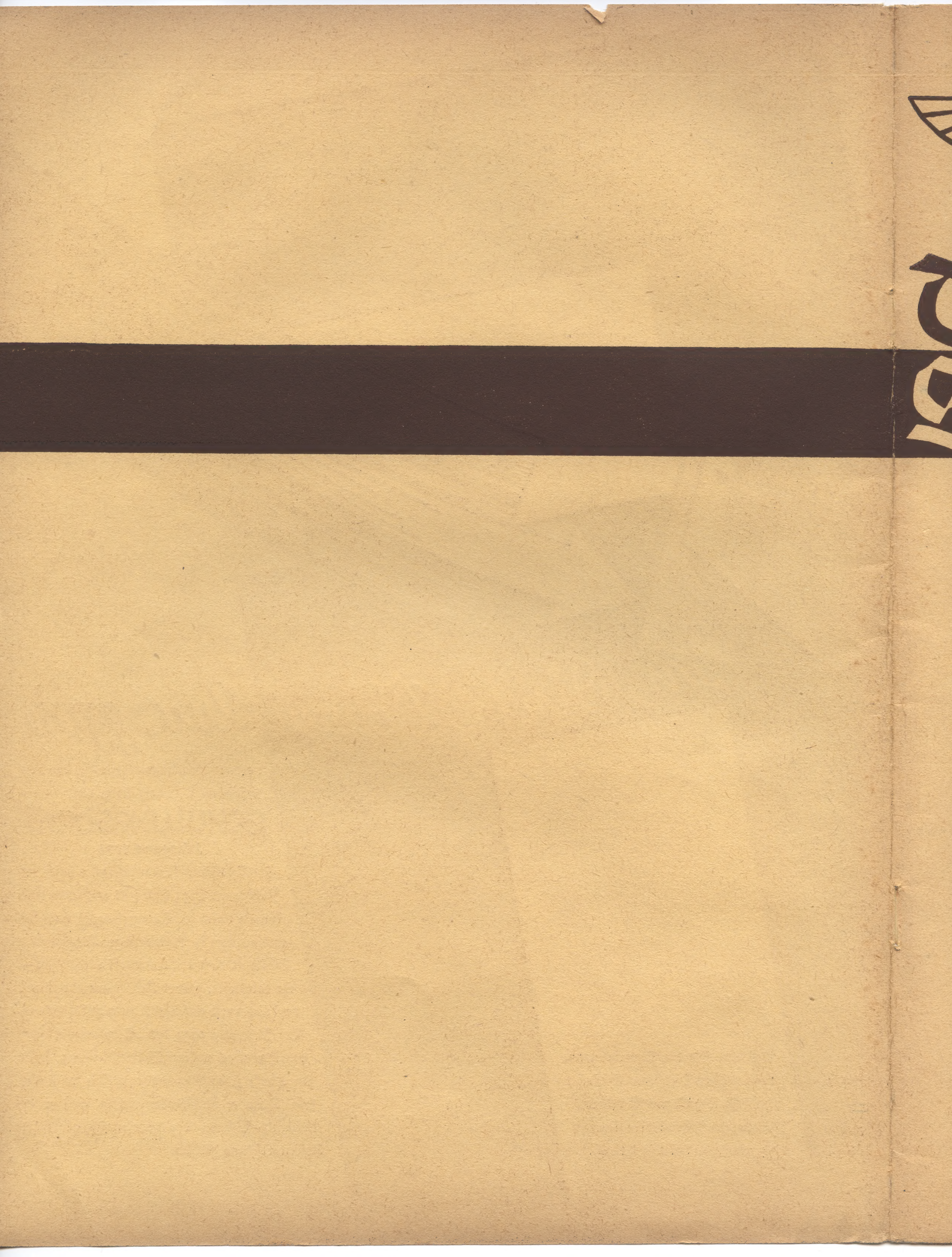
ordnet der Nationalsozialist, der eine besondere Ordnung liebt, den

SCHULUNGSBRIEF

Jahrgang 1934

übersichtlich ein! Sämtliche zehn Hefte des Jahrgangs 1934 sind jetzt erschienen und können durch die Sammelmappe handlich und bequem in Buchform geordnet werden. Sie ist gediegen und dauerhaft ausgeführt — ein tadelloser, grauer Rohleineneinband mit praktischer und einfacher Klemmnadelheftung. Der Jahrgang 1934 des „Schulungsbriefs", das Handbuch unserer Weltanschauung, sollte im Hause jedes Nationalsozialisten zu finden sein. Denn er ist für ihn wichtig, weil er die Gesamtdarstellung des nationalsozialistischen Rassenproblems enthält.

Bestellen Sie die Sammelmappe 1934 auf dem Dienstweg. Sie kostet 1,50 RM. Der Vorrat ist begrenzt. Mit den zehn Heften des Jahrgangs 1934 zusammen kostet sie 2,50 RM.



BERLIN, JAN

DER SCHULUN



REICHSSCHULUN
UND DER DEUTSCH

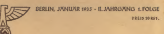
Frankreich, der damit doch nur drei Prozent des gesamtdeutschen Kohlenbedarfs ausmacht. Ein Teil des verstärkten Absatzes von Saarkohle in das Reich wird in der Form der Ausfuhr von elektrischer Energie stattfinden; ferner ist der Bau von Ferngasleitungen ins pfälzische Städtegebiet geplant. So kann die Abfallkohle (400 000 Tonnen) und der Überschuß an Koksgas verwendet werden. Darüber hinaus soll die Saarkohle in Süddeutschland durch den Bau eines Schiffahrtsweges von der Saar durch die Pfalz zum Rhein (Einmündung bei Ludwigshafen—Mannheim) bei billiger Frachtgestaltung „marktfähig", das heißt wettbewerbsfähig gemacht werden. Maßnahmen dieser Art, im Verein mit dem Bau von Autostraßen und mit umfangreichen Erneuerungsarbeiten an den Bahnstrecken und Bahnhöfen des Saargebiets, mit Wohnungsbauten und Bodenmeliorationen aller Art, werden auch die allmähliche Unterbringung der fast 40 000 Erwerbslosen ermöglichen, die das Saargebiet heute noch zählt — bei insgesamt 305 000 Erwerbsfähigen (unter 830 000 Einwohnern). Diese Ziffer zeigt auch, daß das Saarland nicht die „Konjunkturinsel" ist, als die es in der französischen Propaganda sonst geschildert wurde. Im Gegenteil, die Arbeitslosigkeit ist hier fast um ein Drittel höher als im Reichsdurchschnitt (mit 20 Erwerbslosen unter 100 Arbeitnehmern gegen 15 im Reich), und das, obwohl rund 15 000 junge Saarländer im Reichsgebiet als Arbeitsfreiwillige tätig sind. Im Saarland ist ja, wie bekannt, der Arbeitsdienst von der Regierungskommission verboten worden!

Eine Chance für den Status quo?

Die französischen Tendenzen, die eine Festsetzung an der Saar oder zum mindesten eine Einmischung in die saardeutschen Dinge zum Ziel haben, hatten nun im Laufe des Jahres 1933 noch einmal einen neuen Auftrieb erhalten, und daher datiert auch die große Erbitterung, mit der jetzt die Schlußphase des Saarkampfes durchgefochten worden ist — während an sich, ohne das Interessement Frankreichs, die Rückgliederung völlig ruhig und selbstverständlich verlaufen wäre. Man sah aber nun jenseits der Grenze mit einiger Bestürzung das Erstarken der nationalen Kräfte in Deutschland, nach dem Erfolg der nationalen Revolution, und man sah auch die Chance oder man glaubte sie wenigstens zu sehen, dem unerwünschten neuen Regime in Deutschland durch das Aufpeitschen aller oppositionellen Kräfte im Saargebiet eine empfindliche Schlappe beizubringen. Wenn mit Hilfe der Kreise, die in einer innerpolitischen Opposition gegen die nationalsozialistische Regierung standen, eine nennenswerte Minderheit oder gar eine Majorität für den Status quo zu gewinnen sei — so lautete die Rechnung —, würde man dabei zwei Fliegen mit einem Schlag treffen: nämlich der Hitlerregierung einen schweren Prestigeverlust zufügen und das Saarland, wenn vielleicht auch nur zum Teil, als Völkerbundsgebiet für die Dauer unter französischen Einfluß bringen.

Nun setzte, unterstützt durch französische Gelder, die zumeist durch Funktionäre der Grubenverwaltung in die entsprechenden Kanäle geleitet wurden, ein wahres Trommelfeuer der Agitation gegen die deutsche Regierung und für den Status quo ein. Die „Emigrantenpresse" im Saargebiet schoß üppig ins Kraut — wobei allerdings gleich bemerkt werden darf, daß die Zahl der Leser nicht entsprechend der Zahl der Blätter gewachsen ist, und daß die Quantität des Gebotenen, von der Qualität ganz zu schweigen, weit geringer ist, als es bei einer ersten Inaugenscheinnahme zu vermuten wäre: deshalb nämlich, weil fast jeder Hetzartikel nach seinem ersten Erscheinen von drei, vier oder mehr dieser Blätter nachgedruckt wird.

Die Agenten der französischen Grubenverwaltung haben alle Mühe und viel Geld daran gewandt, eine katholische Separatistenpartei auf die Beine zu stellen. Da die Saarbevölkerung zu gut zwei Dritteln (72 Prozent) katholisch ist, versprach man sich von einer Agitation, die sich auf die Auswertung des konfessionellen Moments stützte, einen besonderen Erfolg. Die klare und entschiedene Haltung der Geistlichkeit, die, unterstützt durch die Bischöfe von Trier und Speyer, und unter Billigung des Heiligen Stuhls, für die selbstverständliche Lösung, also für den Anschluß an Deutschland, eingetreten ist, hat alle Erwartungen dieser Art schnell zerstört. Mit recht großer Verspätung ist in den letzten Novembertagen, also erst sechs Wochen vor dem Abstimmungstermin, eine „christliche" Status-quo-Partei formiert worden, in enger Anlehnung an



BERLIN, JANUAR 1935 · II. JAHRGANG 1. FOLGE

PREIS 20 RPF.

DER SCHULUNGSBRIEF



REICHSSCHULUNGSAMT DER NSDAP
UND DER DEUTSCHEN ARBEITSFRONT